

## Besprechungen

*René König (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. I: Zweite Auflage 1967, Bd. II: 1969. Stuttgart. Ferdinand Enke. XX/841 S. und XXI/1395 S.*

Was es alles gibt in der Soziologie! Und das ist nur die eine, die empirische Seite. Und vorwiegend nur aus der Sicht der Kölner Schule. Die andere, spekulative Seite ist gar nicht vertreten. Bei rund 2 000 Seiten Umfang kann man das nicht kritisch meinen, anders wären es vielleicht 4 000 Seiten geworden. Rund fünfzig Autoren kommen zu Wort, so gut wie alle gehören zur Klasse der „Fliegenbeinzähler“. „So stellt das Ergebnis eine relativ geschlossene Konzeption dar ...“ (S. VII, Bd. I). Fragezeichen des Rezensenten. Ich möchte sagen: Nein. Und auch diese Feststellung kann wieder nicht einen Vorwurf bedeuten. Bei so vielen Autoren und einer derart aufgefächerten und auffächerbaren Disziplin kann man es füglich nicht erwarten.

Der erste Band gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil (Geschichte und Grundprobleme) doziert R. König über den Begriff der empirischen Soziologie und ihre „ethischen Probleme“, umreißt H. Maus die „Vorgeschichte“, die sich sehr gut liest, und theoretisiert H. Albert glänzend über wissenschaftstheoretische Probleme. Der Beitrag von H. Zetterberg über das Verhältnis von Theorie und Praxis fällt dagegen etwas ab. Die andere Seite (z. B. Habermas) hätte wohl doch mehr zu sagen.

Der zweite Teil beginnt mit R. Königs Lehre von der Beobachtung. Das ist meisterhaft. Grandios ist auch das Kapitel über Interviews von E. K. Scheuch. Nehnevajsas Analyse von Panel-Befragungen überzeugt nicht so ganz, doch mag das am schwierigen Stoff liegen. Etwas kurzatmig ist auch das Kapitel über Gruppendiskussionen von W. Mangold. Ist die Soziometrie noch immer nicht weiter gekommen? J. Nehnevajsas kurzer Beitrag hierzu legt die Vermutung nahe. P. Neurath gibt sich im Kapitel „Grundbegriffe und Rechenmethoden der Statistik für Sozialwissenschaftler“ viel Mühe, doch zeigt seine Darstellung einmal mehr, daß auch die empirischen Sozialforscher sich schwer tun (von den anderen zu schweigen), auf der Höhe der statistischen Zeit zu bleiben. „Auswahlverfahren in der Sozialforschung“ von E. K. Scheuch ist nicht zum Glanzstück geraten, über „Skalierungsverfahren“ hat er mehr zu sagen. R. Hofstätters „Faktorenanalyse“ wird dem sehr problematischen und vielschichtigen Methodenkomplex nicht gerecht. Über „Das Experiment in der Soziologie“ ließe sich heute ebenfalls erheblich mehr sagen, als R. Pagès zu berichten weiß. Ein wenig kann

jedoch gerade hier der Anhang („Experiment“ von R. *Pagès*) versöhnen.

Der dritte Teil „Komplexe Forschungsansätze“ beginnt mit einer schönen Darstellung der „Bevölkerungslehre und Demographie“ von K. *Mayer*. A. H. *Hawley* berichtet kenntnisreich über die Sozialökologie. Aus dem Rahmen fällt „Die Gemeinde als Objekt und Paradigma“ von C. M. *Arensberg*. Sehr instruktiv, wenn auch ziemlich akademisch, ist der Beitrag über Soziographie von H. D. *de Vries Reilingh*. „Volkskunde“ gibt es noch und soll am Leben erhalten werden, meint G. *Heilfurth*. Interessant, wenn auch methodologisch nicht ausgereift, ist der Beitrag über „Die biographische Methode“ von J. *Szczepanski*. Aufregend interessant ist A. *Silbermanns* „Systematische Inhaltsanalyse“. Die content analysis liefert nach Meinung des Rezidenten die zukunftsträchtigste Methodik für die empirische Soziologie. Sie bildet das sozialwissenschaftliche Pendant zu modernen Strömungen wie der Kybernetik und Informationstheorie. Sehr betulich wirkt dagegen G. *Eisermanns* Lehrstück über „Soziologie und Geschichte“. P. *Heintz* „Interkultureller Vergleich“ ist recht verstaubt. Einige Glanzlichter im Anhang reduzieren diesen Eindruck jedoch beträchtlich.

Der zweiten Auflage des ersten Bandes ist ein rund 150 Seiten starker Anhang beigelegt, in dem jeder Autor über neuere Entwicklungen im Rahmen seines Hauptbeitrags berichten darf. Dieser Anhang ist nicht nur nützlich, sondern aufs ganze gesehen einfach gut, so gut, daß er ahnen läßt, was auf den 650 Seiten davor alles hätte besser gemacht werden können. Eine Errataliste sowie Namen- und Sachregister beschließen den ersten Band. (Am Ende des zweiten Bandes findet man Namen- und Sachregister für beide Bände.)

Der zweite Band bringt auf seinen 1 400 Seiten die speziellen oder, wie man früher sagte, Bindestrichsoziologien. „Ausgewählte Gebiete der empirischen Soziologie“ nennt der Herausgeber diesen Band. Die Überfülle des Dargebotenen ist rührend und imponierend zugleich. Es röhrt bis zum Eindruck der Tragik das offensichtliche Unvermögen der vielen gescheiten und belesenen Beiträge, unsere heutige Gesellschaft zu erkennen und zu analysieren. Es imponiert der Fleiß, der Eifer und die Intuition, mit der aus unzulänglichen statistischen Daten (und freilich auch anderen Materialien) doch noch etwas herauszuholen versucht wird. Zwar enthält der Band nur wenige statistische Tabellen, doch werden unermüdlich statistische Untersuchungen zitiert und kommentiert; die Beiträge sind durchsetzt mit häufigen historischen und gelegentlichen juristisch-institutionellen Traktaten sowie behutsamer Spekulation. Und immer wieder verursachen allzu lehrhafte begriffliche Erörterungen und vordergründige Klassifikationen Verdauungsbeschwerden. Freilich schimmern auch Aspekte einer empirischen Soziologie durch, welcher endlich die tragenden Entwicklungen unserer Gesellschaft in die Hand geraten, etwa in der Organisationssoziologie von R. *Mayntz* und R. *Ziegler*, in der Freizeitsoziologie von E. K. *Scheuch*, in der Konsumsoziologie von G. *Scherhorn*.

und am deutlichsten vielleicht in dem Beitrag „Massenkommunikation“ (keine Bindestrichsoziologie) von A. Silbermann und H. O. Luthe.

Die klassischen speziellen Soziologien möchte ich nur aufzählen: „Vertikale Mobilität“ von K. M. Bolte, „Horizontale Mobilität“ von K. Horstmann, „Jugend“ und „Alter“ von L. Rosenmayr, „Familie“ und Großstadt“ von R. König, „Berufe“ von H. Daheim, „Industrie“ von A. Tournaire, „Militär“ von K. Roghmann und R. Ziegler, „Entwicklungsländer“ von B. F. Hoselitz und R. S. Merrill, „Stadt-Land“ von H. Kötter, „Wahlen“ von R. Heberle, „Vorurteile“ von H. E. Wolf, „Kriminalität“ von F. Sack, „Sprache“ von Th. Luckmann, „Religion“ von F. Fürstenberg, „Medizin“ von M. Pflanz.

Am Schluß stehen die Beiträge „Psychologische Ansätze zu einer Theorie sozialen Verhaltens“ von H. J. Hummell und „Einige Bemerkungen über die Bedeutung der empirischen Forschung in der Soziologie“ von R. König. In seinem interessanten Aufsatz geht Hummell auf die gerade in jüngster Zeit kräftig an Beachtung gewinnenden Übergänge von der Soziologie zur Psychologie ein, hauptsächlich auf die Lerntheorien sowie auf neuere Ausprägungen der Verhaltenstheorien. In seinem Schlußwort plädiert der Herausgeber für — ja, für was eigentlich? Für neue, realistischere Theorien, „... realistic in the sense that they are more adequate to the facts“. Diese Worte aus einer Stelle bei G. Myrdal sind die letzten des Handbuchs.

Es ist zweifellos ein imposantes und lehrreiches Werk, das vorgelegt wurde. Zwar ist es auf die Kölner Schule und ihr nahestehende Soziologen beschränkt. Aber die ganze zeitgenössische Soziologie wird nicht an ihm vorübergehen können. Günter Menges, Saarbrücken

**René König (Hrsg.): Beiträge zur Militärsoziologie. (Sonderheft 12/1968 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie).** Köln und Opladen 1968. Westdeutscher Verlag. 360 S.

Das Sonderheft 12/1968 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie enthält eine Sammlung von Beiträgen, die der Aufgabe eines solchen Bandes gerecht wird: der — in Deutschland damit erstmals übernommenen — Aufgabe nämlich, ein Spektrum der Forschungsgegenstände und der zugehörigen Forschungsmethoden aufzuzeigen und eine Bibliographie zu liefern, die durch ihre Ausführlichkeit und den ihr beigegebenen Sachindex zur wirklichen Orientierungshilfe wird.

Dem Vorwort des Herausgebers René König und der Einführung in einige für die soziologische Theorie relevante Gegenstände der traditionellen Militärsoziologie (Rolf Ziegler) folgen die drei Hauptabschnitte des Heftes: „Militär und Gesellschaft“, „Interne Probleme der Militärorganisation“ und „Forschungsberichte“, wobei der letzte genannte Abschnitt im wesentlichen einige Ergebnisse der im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums durchgeföhrten Studien der „Wehrsoziologischen Forschungsgruppe des Forschungsinstituts für Soziologie an der Universität Köln“ enthält.

Symptomatisch und illustrativ für einige wesentliche Probleme der Militärsoziologie sind zwei Aufsätze, die im folgenden etwas näher betrachtet werden: erstens das Vorwort Königs „zu den speziellen Problemen der Begründung einer Militärsoziologie“ und zweitens die Arbeit des polnischen Soziologen J. Wiatr unter dem Titel „Sozio-politische Besonderheiten und Funktionen von Streitkräften in sozialistischen Ländern“. König lokalisiert die Militärsoziologie mit Recht als einen Zweig der Organisationssoziologie — er geht damit allerdings über die bisherigen Ansätze hinaus, die sich, wie der vorliegende Band durchweg zeigt, eines organisationssoziologischen Gesamtkonzepts nicht bedienen —, behauptet aber, damit verliere die Militärsoziologie ihre „gesamtgesellschaftliche Verflechtung“. Diesen Mangel zu heilen, sei einzig ihre Einordnung in eine „Soziologie des Krieges“ geeignet, d. h. genauer: ihre „Einordnung“ in eine allgemein kultur- und sozial-anthropologische Analyse des Krieges und seiner speziellen Gestaltungsformen in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften wie in den wirtschaftlich unterentwickelten Gesellschaften unserer Welt“ (S. 12). Es ist König aber entgegenzuhalten, daß gerade eine organisationssoziologisch ausgerichtete Militärsoziologie in dem theoretischen Konzept einer Organisation als eines offenen „sozialen Systems“, wie dieser Begriff neuerdings von Luhmann verschiedentlich ausgearbeitet wurde, das Werkzeug für eine Analyse gewinnt, die in der Unterscheidung von System und systemrelevanter Umwelt — sei diese durch Kriegs- oder Friedenzustand geprägt — die Interdependenzen von Militär und Gesellschaft herauszukristallisieren vermag.

Wiatr hebt eben diese wechselseitige Abhängigkeit von Gesellschaft und Militär unter dem Schlagwort „Integrationsprinzip“ hervor, wobei „die Führungsrolle der Partei innerhalb der Armee“ (S. 108) den zentralen politischen Mechanismus in sozialistischen Gesellschaften widerspiegelt: das Monopol der Kommunistischen Partei in der politischen Willensbildung. Bei der Erörterung der verschiedenen „Funktionen“ der Armee führen freilich die ideologischen Postulate zuweilen auf unsicherem Boden; so, wenn etwa die Mobilitätsfunktion der Streitkräfte folgendermaßen „bewiesen“ wird: Weil 1964 in der polnischen Armee die Zahl der aus der durch das Merkmal „Intelligenzberufe“ gekennzeichneten sozialen Schicht stammenden Offiziersanwärter etwa 2,4mal so groß ist wie die Zahl der aus der gleichen Schicht stammenden Offiziere, könne man „feststellen, daß die Armee einer der wichtigsten Kanäle des sozialen Aufstiegs weiter Bevölkerungskreise ist“ (S. 108).

Hilmar Linnenkamp, Bonn

**Friedrich Lütge:** Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte — Gesammelte Abhandlungen, Teil II. (Aus dem Nachlaß herausg. von Eckart Schremmer.) Stuttgart 1970. Gustav Fischer. VIII, 305 S.

Friedrich Lütge war es nicht mehr vergönnt, nach dem 1963 erschienenen 1. Band seiner gesammelten Abhandlungen auch noch das Erscheinen des 2. Bandes zu erleben. Zehn von ihm bereits überarbeitete

und für diese Zusammenstellung vorgesehene Beiträge werden von seinem langjährigen Assistenten und Schüler, dem Heidelberger Ordinarius für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Eckart Schremmer, nun im 2. Band vorgelegt. Sie geben nochmals ein eindrucksvolles Beispiel der weitgespannten Forschungsarbeit Lütges, in der sich sowohl der Nationalökonom als auch der Historiker auszeichnet. Diese Verbindung zweier Forschungsdisziplinen steht als Leitmotiv an der Spitze dieses Bandes mit dem Wiederabdruck der viel beachteten Münchener akademischen Festrede von 1959 „Geschichte, Wirtschaft, Wirtschaftsgeschichte“. Die hier vorgetragenen Gedanken Lütges haben Pate gestanden für die Belebung wirtschaftshistorischer Forschung in Deutschland in den letzten Jahren. Zwei Aufsätze über Max Weber und Gustav Schmoller schließen sich an, gefolgt von volkswirtschaftlichen Abhandlungen, bei denen sozialpolitische Gedanken und Fragen der Wohnungswirtschaft, Themen, denen Lütge stets besondere Aufmerksamkeit schenkte, im Vordergrund stehen. Der Beitrag über Strukturwandlungen im osteuropäischen Fernhandel des 14./16. Jahrh. (1963) hat zu weitergehenden Forschungen angeregt — hingewiesen sei etwa auf die Arbeiten Bogs. Eng im Zusammenhang damit stehen auch die beiden folgenden Abhandlungen über den Nürnberger Handel, die Heiltumsmesse und die Geschichte des Edeldrahtgewerbes. Das für den Wirtschaftshistoriker so ergiebige mittelalterliche Nürnberg mit seinem Handel und Handwerk bildet hier immer wieder den Kernpunkt weiterführender Überlegungen.

Von den vier letzten Beiträgen, die nachträglich vom Herausgeber in den Sammelband aufgenommen wurden und die letzten Arbeiten Lütges umfassen, gehören zwei zur österreichischen Agrargeschichte; sie greifen mit der Grundentlastung ein Thema auf, um das sich Lütge besondere Verdienste erworben hat. Zwei kleinere Arbeiten zur Verkehrs- und Kolonialgeschichte runden das Bild ab, das diese Zusammenstellung überarbeiteter und daher immer noch aktueller Beiträge aus dem Leben eines Forschers liefert, der stets dem Fragen und Suchen nach neuen Antworten und der Mannigfaltigkeit der Betrachtungsweisen aufgeschlossen war.

Harald Winkel, Aachen

*Klara van Eyll:* Voraussetzungen und Entwicklungslinien von Wirtschaftsarchiven bis zum zweiten Weltkrieg. Köln 1969. Selbstverlag Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln. 222 S.

Eingangs werden Begriffe wie Archiv und Bibliothek geklärt sowie die Aufgaben eines Wirtschaftsarchivs erläutert. Es folgt ein gedrängter Überblick über die „Voraussetzungen zur Errichtung von Wirtschaftsarchiven“, der vom Historismus K. Lamprechts und A. Tilles über die „Loslösung von der Historischen Schule der Nationalökonomie“ (R. Ehrenberg und B. Harms) bis zu den ersten Handelshochschulen (Köln, Frankfurt, Berlin usw.) führt. Hauptanliegen der Verfasserin ist, die erste Aufschwungsphase der Wirtschaftsarchivistik bzw. die

erste Gründungsperiode der noch firmenunabhängigen Archive aufzuzeigen. Das Thünenarchiv in Rostock leitet die Reihe der zehn behandelten Hochschul-, der deutschen Regional- und der Wirtschaftsarchive in Basel, Zürich und Den Haag ein; der Bedeutung entsprechend ist das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv zu Köln am ausführlichsten dargestellt. Mit dem Wirtschaftsarchivtag im Jahre 1913, dem „ersten Fachkongreß der Wirtschaftsarchivistik“, endete diese Gründungsphase. Die folgende Entwicklungsperiode brachte vor allem Archive von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Auf die dritte Aufschwungsphase, die 1953 mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft rheinisch-westfälischer Werks- und Wirtschaftsarchivare einsetzte, wird kurz hingewiesen. Die aufschlußreiche und dankenswerte Arbeit, die im Anhang auch noch Satzungen bzw. Statuten verschiedener Archive veröffentlicht, schließt mit einer umfassenden einschlägigen Bibliographie und Registern der Orte, Sachen, Personen und Firmen.

Eberhard Schmieder, Berlin

**Klaus Abmann und Gerhard Stavenhagen:** Handwerkereinkommen am Vorabend der industriellen Revolution. Materialien aus dem Raum Braunschweig-Wolfenbüttel. Göttingen 1969. Otto Schwarz & Co. 143 S.

Die Verfasser leisten mit ihrer Arbeit einen Beitrag zu der Frage, wie hoch die Wertschöpfung des Handwerkerstandes und damit das Einkommen aus handwerklicher Tätigkeit waren, bevor der Prozeß der Industrialisierung Wachstum und Struktur des Volkseinkommens veränderte. Geprüft werden also die Thesen, ob das Handwerk erst im Gefolge der Industrialisierung verarmte, oder ob es bereits schon vor dem take-off infolge einer noch fehlenden Industrie verarmt war.

Die Verfasser überprüfen die Thesen an Hand von Angaben aus dem Raum Braunschweig-Wolfenbüttel. Für diesen Raum datieren sie den Durchbruch zur industriellen Wirtschaftsweise in die letzte Hälfte der sechziger und in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts (S. 114). Die verwandten Kommunalsteuerrollen der Jahre 1825 und 1855 geben daher Auskunft über die Einkommenslage der Handwerker vor der Industrialisierung. In eingehenden Analysen wird die Einkommenslage der Handwerker in den beiden Stichjahren ermittelt, wobei besonders das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Handwerksmeister in den verschiedenen Branchen untersucht wird. Das Ergebnis ihrer Untersuchung fassen die Autoren in drei Sätzen zusammen: „1. schon lange vor der erst in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung waren weite Bereiche des Handwerks verarmt. 2. Bei steigender Bevölkerung und zunächst wenig entwickelter Industrie verschärfe sich die Verarmung des Handwerks bis weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus. 3. Die Industrialisierung führte zwar zu einem tiefgreifenden Strukturwandel, nicht aber zu einer allgemeinen und dauerhaften Proletarisierung des Handwerks“ (S. 124).

Die erste Aussage bezieht sich offensichtlich auf das Jahr 1825 und wird begründet durch einen Vergleich des niedrigen Pro-Kopf-Einkommens im Handwerkssektor gegenüber anderen (nicht landwirtschaftlichen) Sektoren. Sobald man aber, und dies klingt in der ersten Aussage mit an und wird im Buch an einigen Stellen tatsächlich gemacht (z.B. S. 18 f.), diese „Verarmung“ durch einen zeitlichen Vergleich mit der Lage der Handwerker im 15. Jahrhundert (Agrardepression) noch untermauern will, wäre doch zu prüfen, ob für die Mitte des 19. Jahrhunderts eine über 400 Jahre zurückliegende Vergleichsbasis geeignet ist.

Die zweite Aussage bezieht sich auf die Entwicklung des Handwerkeinkommens zwischen 1825 und 1855. Hier wurde ermittelt, daß das nominelle Pro-Kopf-Einkommen der Handwerksmeister um 27 % anstieg, während das der Fabrikanten z. B. um 5 % fiel (S. 37). Interessant wäre nun hierbei die nicht behandelte Frage gewesen, wie sich die Einkommenserhöhung vollzog: Da generell sinkende Preise für Gewerbeerzeugnisse angenommen wurden (S. 88), hätte sich das Pro-Kopf-Einkommen eines Meisters nur durch erhöhte Produktion (Mehr-einsatz von Arbeitskraft und/oder Kapital pro Meister, technischer Fortschritt) oder sinkende Kosten (kostengünstigere Produktion, technischer Fortschritt) steigern lassen. Lagen hier bereits Umwälzungen vor, die durch die dritte Aussage erst in die nach-sechziger Jahre datiert werden? Die zweite Aussage (verschärfte Verarmung) beruht nun darauf, daß das Nominaleinkommen in ein Realeinkommen umgerechnet wird, wobei als Preisindex der Roggengenpreis verwandt wird. Das Realeinkommen eines Handwerksmeisters sank danach um 22 %. So schwer es sein dürfte, einen anderen, geeigneteren Preisindex zu finden, so müssen doch gegen die Anwendung des Roggengenpreises Bedenken angemeldet werden. Es ist nicht nur fraglich, ob der Roggengenpreis repräsentativ genug ist, um als Index verwandt zu werden. (So erwähnen die Autoren z. B. in anderem Zusammenhang wohl den Übergang vom „Getreidestandard des ausgehenden 18. zum Kartoffelstandard des 19. Jahrhunderts“ (S. 84), berühren diese Nachfrageverschiebung aber bei der Wahl des Preisindex‘ überhaupt nicht. Oder sie schreiben an anderer Stelle, daß neben den hauptberuflichen Landwirten — 46 % der Bevölkerung des Landkreises Braunschweig — 19 % dieser Bevölkerung „die Landwirtschaft als Nebengewerbe“ (S. 88) betrieben; dazu zählten auch Dorfhandwerker. Für diese Gruppe war aber infolge mehr oder weniger großer Eigenversorgung die Roggengenpreisseigerung im Hinblick auf ihr reales, nicht landwirtschaftliches Einkommen bedeutungslos.) Es muß zum andern auch betont werden, daß dadurch, daß die Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte meist gleichgesetzt wird mit einer parallelen Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens, eigentlich weniger ein reales Einkommen errechnet, als vielmehr die Einkommensentwicklung im Sektor Handwerk und im Sektor Landwirtschaft verglichen wird. Und dann ist es mehr eine Frage des Standorts, ob man sagt, das Handwerk verarmte, weil „sein“ Nominaleinkommen langsamer stieg als das

**der Landwirtschaft, oder ob man sagt, das landwirtschaftliche Einkommen hat sich nach dem Tiefpunkt in den 1820er Jahren wieder relativ erholt.**

Bei der dritten Aussage wäre lediglich noch etwas zur Datierung anzufügen, ergänzend zu den bereits oben angedeuteten Vermutungen: Die Verfasser weisen innerhalb des Handwerks bereits 1825 ein höheres Einkommen pro Meister bei den Dienstleistungs-, Investitions- und Nahrungsmittel-Handwerkern nach als bei den restlichen Konsumgüter-Handwerkern. Dieser Unterschied klafft 1855 noch weiter auseinander. Der Strukturwandel beginnt also eigentlich „schon lange vor der erst in den sechziger und siebziger Jahren ... einsetzenden Industrialisierung“ (erste Aussage).

Alles in allem ist das Buch eine informative, reichlich mit Material belegte und sehr anregende Lektüre. Weitere Arbeiten in dieser Richtung sind dringend erforderlich.

Hans Loreth, Heidelberg

**Bernd Kreutzfeldt:** Der Lübecker Industrie-Verein. Eine Selbsthilfeeinrichtung lübeckischer Bürger 1889 - 1914. Lübeck 1969. Max Schmidt-Römhild. 181 S.

Die Arbeit ist zunächst deshalb dankbar aufzunehmen, weil sie ein wichtiges Problem während eines entscheidenden Abschnittes der neuen Wirtschaftsgeschichte Lübecks behandelt: Die traditionsreiche Handelsstadt wollte jetzt das heimische Gewerbe energisch fördern, neue Branchen ansetzen und Anschluß an die in einigen anderen deutschen Wirtschaftsräumen schon weit fortgeschrittene Industrialisierung gewinnen. Eben dieses Ziel verfolgte vor allem der Lübeckische Industrie-Verein, dessen Entwicklung, Arbeitsweise und soziale Maßnahmen bzw. Anregungen namentlich auf Grund erst jüngst aufgefunder Archivalien ausführlich dargestellt und durch Tabellen sowie Schaubilder verdeutlicht werden. Die Bemühungen des Verbandes waren insofern erfolgreich — auch auf die gescheiterten Projekte wird hingewiesen —, als u.a. eine landwirtschaftliche Maschinenzentrale, ein Hochofenwerk und eine Überlandzentrale errichtet wurden.

Die Untersuchung, die vielfach über die Lokalgeschichte hinausgeht, ist nun außerdem aus folgendem Grunde bedeutsam: Sie gehört zu den noch zu wenigen Arbeiten, die sich mit der Geschichte von Wirtschaftsverbänden beschäftigen, und sie beweist, daß die bisher übliche Auffassung, nach der diese Vereine nur oder doch vorzugsweise ihren Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile verschaffen wollten, überprüft und verbessert werden muß. Gerade dieser Lübeckische Verein, einer der spätesten Gewerbeförderungsverbände, war nicht ein reiner Interessenverband von industriellen Unternehmern. Er hatte sich bereits in seiner Gründungsversammlung zum Ziele gesetzt: „Förderung und Entwicklung unseres Industriewesens überhaupt, sowie Pflege und praktische Behandlung industrieller Arbeiterfragen.“

Eberhard Schmieder, Berlin

**Willy Fränken:** Die Entwicklung des Gewerbes in den Städten Mönchengladbach und Rheydt im 19. Jahrhundert. Köln 1969. Selbstverlag Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln. 245 S.

Die bereits 1941 von Bruno Kuske angenommene und nun endlich gedruckte Dissertation untersucht die recht unterschiedliche Entwicklung der Gewerbe in den genannten Städten. Sie beginnt mit dem ältesten Wirtschaftszweig von überlokaler Bedeutung, mit dem Leinen gewerbe, an dessen Stelle die Baumwoll- und Halbwollindustrie sowie die Seidenindustrie — nur in Rheydt — traten; seit den siebziger Jahren gewannen außerdem noch die Konfektion der Arbeits- und Berufskleidung sowie die Schuhfabrikation — von den Schäftenähtereien herkommend — an Bedeutung. Zur nächstwichtigen Branche wuchs im Zusammenhang mit der Textilindustrie aus kleinsten handwerklichen Anfängen das Metallgewerbe, das sich u. a. auf Kraft- und Arbeitsmaschinen spezialisierte. Andere Wirtschaftszweige wie etwa das Nahrungsmittel-, Holz- und Baugewerbe blieben mehr oder weniger nur für den lokalen Markt tätig.

Die Arbeit zeichnet sich in verschiedener Hinsicht besonders aus, zunächst dadurch, daß sie die Veränderung der Wirtschaftsstruktur beider Städte bis in Einzelheiten hinein aufdeckt und daß sie dem Auf und Ab in den verschiedenen Branchen nachgeht; außerdem bringt sie reiches statistisches Material, und selbstverständlich sieht sie die Geschichte der Gewerbe der zwei Städte im Rahmen der gesamten — vor allem — deutschen wirtschaftlichen Entwicklung. Wesentlich ist besonders, daß sie immer wieder den Gründen der Entwicklung nachspürt, d. h. den Wirkungen etwa der politischen sowie kriegerischen Ereignisse und Grenzverschiebungen, dem Einfluß des zunehmenden Bedarfs der wachsenden Zahl der Bevölkerung und des Wechsels der Verbrauchergewohnheiten sowie der Mode, der Bedeutung des Verzichtes auf hauswirtschaftliche Eigenversorgung und des Rückganges der Landwirtschaft. Oder: Hohe Kohlenpreise und Arbeitslöhne erzwangen technische Fortschritte z. B. in der Ziegelfabrikation, die von der Feldziegelei dank der Erfindung des Ringofens zur industriellen Produktion überging. Schließlich beweist die Untersuchung auch, daß die Industrialisierung sehr langsam vorankam und sich keineswegs revolutionär vollzog; Dampfmaschinen z. B. wurden erst spät und auch dann nur allmählich eingesetzt, oder die mechanische Baumwollspinnerei wuchs erst seit den fünfziger Jahren.

Die wertvolle Dissertation, die sich auf eine zahlreiche Literatur und auf das Studium vieler — inzwischen z. T. verlorengegangener Quellen gründet, zeigt, daß von ihrem Verfasser, der während des Krieges gefallen ist, noch weitere wichtige Untersuchungen zu erwarten gewesen wären.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Antonio Montaner* (Hrsg.): Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Köln-Berlin 1967. Kiepenheuer & Witsch. 476 S.

Man erwartet eine Geschichte der Volkswirtschaftslehre im üblichen Sinne von der Hand Montaners und greift erfreut danach. Dann muß man feststellen, daß Montaner uns nicht als Autor, sondern nur als Herausgeber entgegentritt; aus seiner Feder stammen nur ein kurzes Vorwort und eine Einleitung von neun Seiten. Der Herausgeber versucht, heißt es im Vorwort, „auf knappem Raum durch eine Auswahl beispielhafter Abhandlungen den historischen Werdegang der Wirtschaftstheorie an einigen seiner entscheidenden Wegstrecken und Wendepunkte sichtbar zu machen“. Die Einleitung soll dem Leser „ein Bild von den Methoden, Maßstäben und Zielen des Studiums der volkswirtschaftlichen Lehrgeschichte vermitteln“ (S. 9). Montaner weist hier u. a. darauf hin, daß die Geschichte der Volkswirtschaftslehre Literatur- oder Dogmengeschichte und die letzte wiederum Lehr- und Personengeschichte oder Verknüpfung beider sein kann. Er geht keinen dieser Wege, sondern bringt 23 Beiträge zum Wiederabdruck. Dadurch soll in erster Linie der Zugang zu einer Reihe bemerkenswerter lehrgeschichtlicher Abhandlungen erleichtert werden, die in in- und ausländischen Zeitschriften und Buchpublikationen jüngeren Datums erschienen sind. In der Einleitung findet sich manche gute Bemerkung zu Problemen, die eine Darstellung der Geschichte der Volkswirtschaftslehre mit sich bringt (S. 20).

Die 23 Beiträge werden in drei Teilen gebracht. Die sechs Beiträge des ersten Teils „Lehreperioden“ sollen die Gesamtentwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft in einem Überblick wiedergeben, der von den Physiokraten bis zur modernen Wirtschaftstheorie reicht. In den 13 Beiträgen des zweiten Teils „Lehrbeiträge“ will Montaner „einen Querschnitt durch die persönlichen Leistungen einer größeren Gruppe solcher Nationalökonomien“ geben, „denen in der historischen Ausbildung unseres Faches besonderer Rang zukommt und deren Lebenswerk des öfteren über die engeren Grenzen der Volkswirtschaftslehre hinausgreift“ (S. 21). Die Beiträge dieser zwei Teile sind von Autoren verfaßt, die sich besonders mit den von ihnen behandelten Gelehrten befaßt haben. In den vier Beiträgen des dritten Teils werden „Einzelprobleme der Theorie in historischer Sicht“ behandelt, „die dazu geeignet erscheinen, die thematischen Hauptlinien der nationalökonomischen Forschung in den Fortschritten und Wandlungen ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte verfolgen zu lassen“ (S. 21).

Es ist nicht Aufgabe des Rezensenten, sich mit den Beiträgen als solchen zu beschäftigen, sondern mit der von Montaner getroffenen Auswahl, also ob die gebrachten Beiträge für das von ihm verfolgte Ziel zweckmäßig sind, ob die Verfasser der Beiträge für die Behandlung des jeweiligen Nationalökonomien geeignet sind und ob die Beiträge ein zusammenhängendes Bild der Geschichte der Volkswirtschaftslehre geben. Die letzte Frage muß verneint werden. Es handelt sich um eine Zusammenstellung, man möchte, richtig verstanden, sagen, um ein Ne-

beneinander heterogener Beiträge. Der rote Faden, der sich durch das Buch ziehen sollte, fehlt. Entscheidend ist hier das Auswahlprinzip, eine gewiß nicht leicht zu lösende Aufgabe. Es ist leider nicht deutlich erkennbar; Montaner schreibt S. 20: „Die folgende Auswahl wurde danach getroffen, von der zeitlichen und objekttheoretischen Spannweite der volkswirtschaftlichen Lehrgeschichte wie auch von der wissenschaftlichen Individualität und Wirkkraft einiger ihrer repräsentativsten Wegbereiter einen möglichst vielfältigen Begriff zu vermitteln“. Wenn er auch selbst darauf hinweist, daß eine Vollständigkeit nicht möglich ist, so vermißt man doch Beiträge über *Ricardo*, *List* und *Malthus*. Gewiß erscheinen diese Namen in einer ganzen Anzahl der Beiträge, aber eine eigene Würdigung ihrer Leistungen zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre hätten zumindest die beiden Erstgenannten verdient. Die „Klassiker“ kommen m. E. überhaupt zu kurz, die Abhandlung von *Singer* ist zu dürftig. Die Beiträge sind sowohl ihrer Länge nach als auch qualitativ unterschiedlich. Die von *Zorn*, *Bülow*, *Salin* und *Welter* z. B. wird der Studierende gern und mit Gewinn lesen. Mit Recht ist auch in anderen Rezensionen des vorliegenden Buches darauf hingewiesen worden, daß die Aufnahme des Beitrages von *Kerschagl* über *Marx* ein Fehlgriff ist. Wie kann ein Leser sich mit den Gedanken von *Marx* vertraut machen, wenn ihm diese nicht dargelegt werden, sondern ihm nur gesagt wird, daß *Marx* als Theoretiker vollkommen versagt habe, daß er allenfalls als Wirtschaftshistoriker anerkannt werden könne. Gewiß ist es richtig, wenn die Autoren der Beiträge auch kritisch zu den von ihnen dargestellten Gelehrten Stellung nehmen, aber diese Kritik darf nicht oberflächlich, unbegründet oder gar falsch sein. Was soll ein Leser, der eine Geschichte der Volkswirtschaftslehre zur Hand nimmt, damit anfangen, wenn *Werner* in seinem Beitrag über *Schumpeter* S. 290 schreibt: „... daß hier nur ein kleiner Ausschnitt aus dessen Lehrgebäude zur Darstellung gelangt sei“. Damit taucht die Frage auf, wem man das Buch zum Studium empfehlen kann, jedenfalls nicht dem Anfänger, der zum ersten Mal nach einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre greift. Montaner schreibt hierzu selbst auf S. 21: „Es versteht sich von selbst, daß ein solches Sammelwerk das systematische Studium lehrgeschichtlicher Grundrisse und Quellenschriften nur ergänzen und erleichtern, nicht ersetzen kann“. Wer sich bereits mit der Geschichte der Volkswirtschaftslehre befaßt hat, dem kann diese Schrift durchaus empfohlen werden. Dankbar kann man dem Herausgeber sein, daß er auch gut übersetzte Beiträge ausländischer Nationalökonomen aufgenommen hat. Ebenso zu begrüßen ist, daß Montaner im dritten Teil zwei Beiträge von *Peter* bringt. Der eine läßt den Studierenden der Volkswirtschaftslehre die Notwendigkeit erkennen, sich mit Analysis und linearer Algebra zu beschäftigen, und der zweite führt ihn in die Welfare Economics ein.

Am Schluß befinden sich eine Bibliographie sowie ein Namen- und Sachregister. Die erstere ist ausführlich (S. 435 - 453). Manche hier angegebene Schrift hätte Montaner ruhig fortlassen können, manche an-

dere vermißt man. Das Werk *Böhm-Bawerks* hat nicht zwei Bände, sondern zwei Teile in drei Bänden. S. 52 muß es übrigens *Zuckerhandl* und nicht *Zuckerhandl* heißen. S. 82 Zeile 18 hat sich ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Das Buch von *Schumacher-Zarchlin* heißt „Johann Heinrich von Thünen, ein Forscherleben“, nicht „ein Forschungsleben“.

Bruno Schultz, Berlin

*Gottfried Bombach* (Hrsg.): Wachstum, Einkommensverteilung und wirtschaftliches Gleichgewicht. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 72 S.

Dieser Band enthält Vorträge, die in den Sitzungen des Theoretischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik in Nagold (1967) und Mainz (1968) diskutiert wurden. Es sind sehr originelle und weiterführende Beiträge zu Problemkreisen, deren Diskussion man als weitgehend abgeschlossen hält.

Im ersten Referat untersucht Wolfgang Stützel die „Mehrdeutigkeit beim Gebrauch der sogenannten Konsumfunktion“. Hierbei handelt es sich um die Interpretation des Keynes'schen Volkseinkommensgleichgewichtes, einmal von der Entstehungs- und zum anderen von der Verwendungsseite her gesehen. Hierüber verschwendet heute schon fast niemand mehr einen Gedanken. Um so fruchtbare ist es daher, daß Stützel nach den Hintergründen fragt und all die Tücken aufzeigt, die bei einer Anwendung dieser Volkseinkommensgleichung in wirtschaftstheoretischen Analysen entstehen und deren Aussagefähigkeit damit beeinträchtigen.

Eng damit verbunden ist die folgende Untersuchung von Alfred Ott. Er analysiert im zweiten Referat „Sparen und Investieren — erneute Diskussion eines alten Problems“, das Erich Preiser gewidmet ist, unter dem Aspekt unverteilter bzw. nichtentnommener Gewinne. Man muß diese in den Griff bekommen, um adäquate Aussagen über die Entwicklung des Sparenden und Investierens — komparativ-statisch wie dynamisch — treffen zu können. Hierbei bestehen wohl nur noch empirische Schwierigkeiten bei der Ermittlung der unverteilten Gewinne, theoretisch hat Ott sie ausgeräumt. So erhält mit der Einbeziehung der unverteilten Gewinne in die Analyse z. B. auch das Kaldor-Modell der Einkommensverteilung ein anderes Gewicht; die Implikationen der dort unterstellten Sparneigungen sehen dann ganz anders aus.

Ernst Helmstädtter bringt nun im dritten Referat „Eine Erweiterung des Kaldor-Modells der Einkommensverteilung“, womit sich das Modell auch einem empirischen Test eröffnet. Der analytische Ansatz besteht hier in einem linearen Gleichungssystem, das leicht durch Matrizen-Rechnung gelöst werden kann. Das Entscheidende dabei ist nicht so sehr der formale Apparat, sondern das Aufdecken des ökonomischen bzw. ökonometrischen Hintergrundes.

Schließlich referiert Winfried Vogt über „Fluktuationen in einer wachsenden Wirtschaft unter klassischen Bedingungen“. Einzelwirt-

schaftlich wird eine homogene Produktionsfunktion von der Ordnung  $< 1$  unterstellt und diese mit der klassischen Vorstellung des Zinssatzes als eines Diskontierungsfaktors (*Walras, Böhm-Bawerk usw.*) bei der Ermittlung des Kapitalwertes verbunden. Gesamtwirtschaftlich jedoch wird an der Vorstellung konstanter Skalenerträge (homogene Produktionsfunktion von der Ordnung 1) festgehalten, was gegenüber der einzelwirtschaftlichen Unterstellung durch externe Einsparungen erklärt wird. Daraus entstehende Marktungleichgewichte, die nur auf dem Kapitalmarkt auftreten können, führen nun zu einer Schwankung des Zinses und schließlich zu einer solchen der Investitionsnachfrage, die mit einer bestimmten Amplitude um das Investitionsangebot schwankt.

Alle Beiträge sind leicht verständlich und stellen auf Grund ihrer Originalität eine wertvolle Bereicherung für den Leser dar.

Manfred Borchert, Marburg a. d. L.

*Adolf Adam, Elmar Helten, Friedrich Scholl: Kybernetische Modelle und Methoden. Einführung für Wirtschaftswissenschaftler.* Köln-Opladen 1970. Westdeutscher Verlag. 172 S.

In der Einleitung wird dieses Buch als eine Gemeinschaftsarbeit bezeichnet. Der Leser wird es nach der Lektüre nicht glauben. „Kybernetik betreiben heißt“, so meint *Adam*, der den ersten Beitrag in dieser Schrift angefertigt hat, „die Strukturierung in allen Bereichen unserer Welt voranzutreiben und zu pflegen, aber nicht um diese Welt immer mehr zu entwesen und sie von den schöpferischen Themen zu befreien“. Da für den „ernsten Kybernetiker“ (*Adam*) ausschließlich der formalwissenschaftliche Strukturbegriff sinnvoll ist, wird in diesem ersten Teil „Strukturanalytische und relationstheoretische Überlegungen zur Kybernetik“ (53 S.) jede denkbar mögliche Erscheinung der Wirklichkeit auf eine allgemeine Strukturtheorie zurückgeführt. In der Terminologie der Semiotik: Zurückgeführt auf die syntaktische Ebene, innerhalb der dann sinnvoll operiert werden kann.

Der solcherart auf hohem abstrakten Niveau eingestimmte Leser wird dann neugierig zu erfahren, wie *Helten* und *Scholl* in ihren Beiträgen „Operationale Methoden der Wirtschaftskybernetik“ (40 S.) und „Die Anwendung kybernetischer Grundkonzepte in der Wirtschaftstheorie“ (45 S.) die Formalflüge ihres Mentors anwendungsbezogen interpretieren. Er wird seine Erwartungen weit zurücknehmen müssen. Sodann sollte er den zweiten Teil dieses Buches ganz überschlagen und besser zu dem Werk von *Bellman* „Dynamische Programmierung und selbstanpassende Regelungsprozesse“ greifen. Denn wer sich für Kybernetische Modelle und Methoden interessiert, dem werden die herkömmlichen deterministischen und stochastischen Programmierungstechniken ohnehin geläufig sein (Input-Output-Analyse, lineare, dynamische und stochastische Programmierung, Zwei-Ebenen-Planung), die hier zusammen mit den adaptiven Modellen (Lernmo-

delle und adaptive dynamische Programmierung) unter den Begriff der Wirtschaftskybernetik subsumiert und dargestellt werden. Und gerade was die adaptiven Modelle angeht, so ist man mit der leichtverständlichen Einführung von *Bellman* besser beraten. Lesenswert ist dann schließlich der letzte Teil des Buches, sieht man einmal davon ab, daß hier unter Integration von Informations- und Entscheidungstheorie vornehmlich die Diskussion verschiedener Ungewißheitslagen bei Entscheidungen verstanden wird, so wird hier zumindest der Versuch gemacht, kybernetische Konzepte auf wirtschaftstheoretische Probleme anzuwenden und das Phänomen der Lernfähigkeit bei der ökonomischen Modellbildung zu berücksichtigen.

Sicherlich ist es schwierig, beim gegenwärtigen Erkenntnisstand ein befriedigendes Buch über Wirtschaftskybernetik vorzulegen. Das wird man auch bei einer Rezension berücksichtigen müssen. Es bleibt aber unverständlich, warum dieses heterogene und unausgewogene Werk in die Reihe „Moderne Lehrtexte, Wirtschaftswissenschaften“ aufgenommen wurde, welche sich durch die Veröffentlichung des Buches von *Menges* und durch die Übersetzung der Schrift von *Theil, Boot und Kloek* so eindrucksvoll für die weitere Aufmerksamkeit empfohlen hatte.

Werner Meißner, Frankfurt

*Dieter Eckel: Rationales Handeln in der Ökonomie. Maximierung und Optimierung als Entscheidungskriterien in der Mikroökonomie. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 135 S.*

Von einer einheitlichen Verwendung der in den Wirtschaftswissenschaften häufig benutzten Begriffe rationales Handeln, Maximierung und Optimierung kann keine Rede sein. Eckels Buch versucht eine Klärung der Rationalitätsproblematik in der Ökonomie, indem es einige Aspekte der rationalen Entscheidung an einigen ausgewählten Beispielen, vor allem aus der Mikroökonomie, diskutiert.

Nach Eckel sind zielstrebiges Handeln, die Existenz mehrerer Alternativen und die bewußte ex-ante-Bewertung der Ziel-Mittel-Kombinationen Kriterien der rationalen Handlung; grundsätzlich verlangt zielstrebiges Handeln eine genau definierte Zielfunktion, die es zu maximieren oder minimieren gilt.

Eine Übersicht über die in der wirtschaftswissenschaftlichen und soziologischen Literatur vorkommenden Definitionen von Rationalität führt zu der wichtigen Frage, ob Nutzenmaximierung und rationales Handeln zusammenfallen; die Beurteilung hängt davon ab, ob man von subjektiver oder objektiver Rationalität ausgeht. Objektive Rationalität heißt, wenn sämtliche, irgendwie denkbaren Alternativen, auch wenn sie dem Entscheidenden unbekannt sind, in das Kalkül einbezogen werden sollen, während bei der subjektiven Rationalität nur der von dem Entscheidenden sinnvollerweise anzustrebende Transparenzgrad

gefordert wird. Die zeitlichen und ressourcenmäßigen Restriktionen machen die Erzielung eines maximalen Informationsgrades unmöglich, so daß ein optimaler Transparenzgrad zu bestimmen ist: Dieser liegt vor, wenn der Nutzen einer marginalen Verbesserung des Transparenzgrades gerade so hoch ist wie die dafür aufgewendeten Kosten. Eckel spricht von rationalem Handeln, wenn der optimale Transparenzgrad erreicht ist. Dieser pragmatische Rationalitätsbegriff liegt den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten zugrunde. Ungenau ist die Aussage (S. 40), daß infolge der Knappheit der Ressourcen der optimale Transparenzgrad in bestimmten Entscheidungsbereichen nicht realisiert werden könne. Da der Ausdruck „optimal“ bereits eine Abstimmung der Wünsche mit den Möglichkeiten beinhaltet, kann durch eine richtige Bewertung der Kosten stets das Optimum erreicht werden.

Nachdem der Verfasser in einem Kapitel über die Zusammenhänge zwischen rationalem Handeln und Verhaltengleichgewicht gezeigt hat, daß verschiedene ökonomische Modelle nicht von einem rationalen Verhalten der Beteiligten ausgehen, erörtert er das in der Ökonomie in zweifacher Weise umschriebene Rationalitätsprinzip, nämlich entweder „mit gegebenen Mitteln soll der größtmögliche Erfolg erzielt werden“ oder „ein gegebenes Ziel soll durch minimalen Mitteleinsatz realisiert werden“. Nach Eckel werden nicht alle Zielfunktionen von einem rationalen Individuum absolut maximiert, sondern genau genommen nur der Nutzen, der wiederum in eine Reihe von Unterzielen, z. B. Gewinn-, Prestige-, Macht-, Umsatzmaximierung etc., unterteilt werden kann. Da sich diese Unterziele widersprechen können, darf jedes Unterziel nur optimiert werden, was gelegentlich mit dem Maximum zusammenfallen kann. Etwas langatmig wird dies am Beispiel der Gewinnmaximierung erläutert. So wäre es z. B. für die meisten Menschen völlig unsinnig, eine Höchstgewinnmaximierung unter Inanspruchnahme der physisch unbedingt notwendigen Erholungszeit anzustreben, da auch der Freizeit ein Wert beigemessen wird. Es wird deshalb nur ein relatives Gewinnmaximum in der Ökonomie angestrebt, bzw. der Gewinn wird unter Beachtung von Nebenbedingungen maximiert.

Es ist zu bedauern, daß Eckel das Kapitel über die Maximierung und Optimierung makroökonomischer Größen bei rationalem Handeln in die Arbeit aufgenommen hat, da es durch den Titel des Buches ausgeschlossen wird und zudem nichts beinhaltet, was nicht allgemein bekannt wäre. Ansonsten ist die Arbeit ein gelungener Versuch, den Rationalitätsbegriff in der Ökonomie darzustellen und zur Klärung strittiger Punkte beizutragen. Wir begrüßen insbesondere, daß Eckel sich ausführlich mit dem Problem der Marktstruktur auf der Anbieterseite auseinandersetzt, da bei der auf wissenschaftlicher und politischer Ebene sehr umstrittenen Wettbewerbsgesetzgebung das hier aufgegriffene Problem zu den zentralen Diskussionspunkten gehört.

Detlef Grieswelle, Saarbrücken

**Wilhelm Krelle:** Produktionstheorie. Teil I der Preistheorie 2. Auflage, unter Mitarbeit von Wilhelm Scheper. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). X, 237 S.

Neben dem hier zu besprechenden Werk sind in den letzten drei Jahren zwei weitere Lehrbücher der Produktionstheorie in deutscher Sprache erschienen (Waldemar Wittmann: Produktionstheorie. Berlin—Heidelberg—New York 1968; Wolfgang Lücke: Produktions- und Kostentheorie. Würzburg—Wien 1969, 2. Auflage 1970). Zu viel auf einmal? Ganz und gar nicht! Die Bücher unterscheiden sich inhaltlich wie darstellungstechnisch ganz erheblich: Während Lücke ein möglichst umfassendes Kompendium der anwendungsorientierten betriebswirtschaftlichen Produktions- und Kostentheorie vorlegt (Literaturverzeichnis von mehr als 600 Nummern!) und Wittmann ein möglichst systematisches Gebäude aus mathematisch operablen Begriffen der (statischen) Produktionstheorie (PT) errichtet, bietet Krelle ein erfreulich oft bis ins einzelne gehendes Panorama des gegenwärtigen Standes der mehr volkswirtschaftlich ausgerichteten PT dar mit Ausblicken in die Investitionstheorie und neoklassische Wachstumstheorie.

Von der Fülle des im Krelleschen Werk verarbeiteten Stoffes geben die folgenden Stichworte nur einen ungefähren Eindruck: Produktionsfunktionen (PF) bei konstanter und sich ändernder Technik; theoretische und empirische PF; mikro- und makro-ökonomische PF; statische und dynamische PF; Jahrgangs-PF; klassische, neoklassische, Walras-Leontiefsche, Gutenbergsche PF; Ertragsgesetz; Implikationen bei teilbaren und unteilbaren Faktor- und Endprodukteinheiten; Durchschnitts- und Grenzprodukt; Substitutivität und Komplementarität; Grenzrate der Substitution; Produktions-, Skalen-, Substitutions-, Slutsky-Elastizität; Erfassung des technischen Fortschritts in dynamischen PF; Harrod-, Hicks-, Solow-neutraler technischer Fortschritt und Verallgemeinerungen; häufig benutzte neoklassische PF; Cobb-Douglas-, CES-, Mukerji-, Uzawa-, McFadden-, Scheper-, Sato-PF; ökonometrisch bestimmte gesamtwirtschaftliche PF; PT als Aktivitätsanalyse, Technologien, Zusammenhang mit der klassischen PT; Optimalitätsbedingungen bei statischen und dynamischen PF, Kuhn-Tucker-Bedingungen, Schattenpreise, Dualitätssätze; Optimalität bei dezentralisierten Entscheidungen; Kaldors Technische-Fortschritts-Funktion; Ersetzung der PF durch preis- und kapazitätsabhängige Produktionskoefizienten (nach Krelle).

Für eine lange Reihe von Begriffsbildungen und Resultaten wurde neben mehreren neueren Arbeiten des Verfassers die neueste Literatur herangezogen, beispielsweise Veröffentlichungen von Helmstädt (1964, 1965) über neoklassische PF und neoklassische Wachstumstheorie, Sato und Beckmann (1968) über neutralen technischen Fortschritt, Scheper (1965) und Sato (1967) über PF mit konstanten Substitutionselastizitäten, Hildenbrand (1965) und Wittmann (1966) über Aktivitätsanalyse, Dieter (1965) und Hax (1966) über Optimalität.

Die große Menge des verarbeiteten Stoffes konnte einen Rahmen von knapp über 200 Seiten nur deshalb nicht sprengen, weil auf die Darstellung der Beweise von einigen Sätzen verzichtet wurde. In solchen Fällen wird stets angegeben, wo die Beweise in der Literatur zu finden sind.

Es ist wohl unmöglich (und vom Verfasser gar nicht beabsichtigt), eine solche Stofffülle mit ihren logischen Verästelungen systematisch abzuhandeln derart, daß aus einigen Grundbegriffen und -annahmen sowie an geeigneter Stelle eingeführten weiteren Begriffen und Annahmen das gesamte Gebäude der Theorie wie von selbst erwächst. Versuche einer derartigen axiomatisch-systematischen Darstellung werden bei dem gegenwärtigen Stand der PT mit Sicherheit eine Verarzung in dem folgenden Sinne zur Folge haben: Eine ganze Reihe der von Krelle behandelten interessanten Teilgebiete der PT müßte jeweils unter den Tisch fallen.

Das Buch, das eine Fülle übersichtlicher Abbildungen und ein ausgewogenes Literaturverzeichnis enthält, erfüllt seinen Zweck, (Vorwort): „... als Grundlage für den akademischen Unterricht und für die Forschung“ auf dem Gebiet der PT zu dienen, bestens: als Lehrbuch wie als Nachschlagwerk.

Wolfgang Eichhorn, Karlsruhe

*Ursula Schleehauf: Zur Theorie der Einkommensverteilung. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 154 S.*

Diese Tübinger Habilitationsschrift bietet eine originelle spieltheoretische Alternative zu den bisher vorliegenden Verteilungstheoretischen Konzeptionen, die trotz unterschiedlicher Auswahl ihrer exogenen und endogenen Variablen nach Interpretation der Verfasserin als „Ausschnitte aus dem nichtspieltheoretischen Bereich der Wirtschaftstheorie“ zu gelten haben (S. 13). Entsprechend dieser Ausgangslage baut Schleehauf ihre Arbeit in einem Dreischritt-Schema auf: „Im 1. Teil wird eine Synopsis von Aspekten der Verteilungstheoretischen Literatur als Thesis eines weiteren Systems formuliert. Der 2. Teil stellt der dabei hauptsächlich verwendeten Markttheorie Teile der ökonomisch interpretierten Spieltheorie als Antithese gegenüber. Wie weit eine Synthesis beider Konzeptionen im Rahmen dieser Arbeit möglich und sinnvoll ist, zeigt der 3. Teil.“ (S. 13).

Diese spieltheoretische Verteilungstheorie erklärt den Verteilungsprozeß als „Kampf um die Beute“, d. h. als Auseinandersetzungen im Sinn der strategischen Ausnutzung von politischer Macht und Marktmacht. An Hand von acht Modellen, die sukzessive durch Einführung neuer Einkommensarten (Arbeits-, Transfer- und Nichtarbeitseinkommen) sowie nach Einkommensart orientierte Koalitionsbildungen erweitert werden, wird jede schrittweise Annäherung des Modells an die Realität als „Verzerrung“ der Einkommensverteilung gegenüber dem Verteilungsergebnis des einfachen Modells verstanden.

Entsprechend dem (einfachsten) Ausgangsmodell, das prinzipiell dem *Marxschen Schema der einfachen Reproduktion entspricht*, jedoch als klassenloses Modell konstruiert ist (einige Einkommensart: Lohn-einkommen), steht als normatives Vergleichssystem für jene Verzerrungen das *Marxsche Wertesetz* zur Verfügung.

Sporadisch sei hier noch auf einen für die Weiterarbeit an der Verteilungstheorie wichtigen Rückgriff der Verfasserin auf die *Marxsche Trennung zwischen Exploitationsgrad als Quotient aus Arbeitsmengen und der Mehrwertrate als Quotient aus Besitz- und Arbeitseinkommen* hingewiesen: Während der Exploitationsgrad exogen als Repräsentant von Besitzverhältnissen eingeführt werden kann, läßt sich die Mehrwertrate dennoch als endogene Variable erklären, die nur zum Teil von Besitzverhältnissen, im übrigen von Strategien der Koalitionen und anderen Modellvariablen abhängt. Damit wird der in verteilungstheoretischen Gleichgewichtsmodellen endogen erklärte Monopolgrad wieder auf exogene Klassenstrukturen zurückgeführt, ohne daß dadurch die Möglichkeit endogener Variationen der Einkommensquoten ausgeschlossen wird.

Karl Georg Zinn, Aachen

*Reinhard Blum: Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 318 S.*

Titel und Untertitel dieser Münsteraner Habilitationsschrift kennzeichnen den Gegenstand der Untersuchung nur unzureichend. Dem Verfasser geht es weder um eine theoretische Analyse noch um eine wirtschaftspolitische Monografie oder Zwischenbilanz der Sozialen Marktwirtschaft. Im Vordergrund stehen vielmehr ganz spezifische Fragestellungen wirtschaftshistorischer und „politökonomischer“ Natur: Es wird zu klären versucht, wie die Soziale Marktwirtschaft gewissermaßen als politische Ersatzlösung anstelle des Ordo-Liberalismus oder sozialistischer Konzeptionen zum „Leitbild für die westdeutsche Wirtschaftspolitik“ avancieren konnte. Zur Beantwortung werden lediglich „die ersten Nachkriegsjahre“ auf ihr Angebot an wirtschaftspolitischen Konzeptionen und politischen Einflußfaktoren ausführlich zu Rate gezogen. Im ersten, kürzeren Teil der Untersuchung (S. 13 bis 144) geht es um eine vergleichende Studie des Inhalts, wie sich den verschiedenen Spielarten von „Sozialismus“ und „Neo-Liberalismus“ die „Überwindung des wirtschaftlichen Liberalismus als Aufgabe“ darstellte. Der zweite Teil beschäftigt sich dann ausführlich (S. 145–297) mit dem „politischen Gewicht der deutschen Ordnungsvorstellungen“.

Diese im zweiten Teil analysierten politischen Kräfte sind nach Auffassung des Verfassers der Schlüssel für die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Nicht so sehr die ursprünglich noch im Zweiten Weltkrieg entwickelten Leitbilder der Besatzungsmächte, sondern die Auswirkungen des Ost-West-Konfliktes auf die alliierte Besatzungspolitik und die deutschen Parteien spielen die primäre Rolle. Dies führt Blum

zu folgenden Thesen: „Was an Ordnungsvorstellungen in Deutschland vorhanden ist, muß sich in die Ost-West-Spannung einordnen“; und die Vereinigten Staaten „entscheiden über die Zukunft der liberalen Ordnungsvorstellungen“. Dem deutschen Wunsch nach einem „dritten Weg zwischen Washington und Moskau“ konnte deshalb nicht Rechnung getragen werden. Der Ost-West-Konflikt verlangt überdies nach greifbaren wirtschaftlichen Erfolgen anstelle von umfassenden gesellschaftspolitischen Zielsetzungen. Dafür war der anspruchsvolle und „im Ton antikapitalistische“ (S. 112) Ordo-Liberalismus nicht geeignet, wohl aber die Soziale Marktwirtschaft. Sie „zeigt sich dieser Situation durch die Alternative Wirtschaftslenkung oder Marktwirtschaft am besten gewachsen. Durch die Anknüpfung an die vorhandene Wirtschaftsstruktur in Deutschland werden weiterhin politische Schwierigkeiten vermieden, die die politische Stoßkraft des Ordo-Liberalismus beeinträchtigen. Diese politischen Vorteile lassen die Soziale Marktwirtschaft geeigneter erscheinen als Leitidee für eine politische Sammlungsbewegung gegen die sozialistische Zeitströmung“ (S. 6 u. S. 278 ff.).

Damit ist klar ausgesprochen, was die Arbeit als roter Faden durchzieht: Die Soziale Marktwirtschaft verdankt ihre Chance speziellen politisch-ökonomischen Konstellationen, insbesondere ihrer Kompromißbereitschaft zugunsten der überkommenen kapitalistischen Wirtschaftsstruktur. Der Autor wird damit jedoch der Sozialen Marktwirtschaft nur unzureichend gerecht. Die Frage zum Beispiel, was die Soziale Marktwirtschaft als pragmatische wirtschaftspolitische Konzeption tatsächlich geleistet hat, wird in der Arbeit ausgeklammert. Die Untersuchung beschränkt sich auf die Konzeptionen-Exegese und die Analyse politischer Wirkungsfaktoren. Aber abgesehen davon: Kann man die Soziale Marktwirtschaft (nicht nur den Entwurf von Müller-Armack) allein aus den ersten Nachkriegsjahren heraus beurteilen? Soll man sie an den first best solutions, den Utopien (Ordo-Liberalismus) oder an den Enttäuschungen, die die Nichtrealisierung der anderen Konzeptionen für manche (viele?) bedeuten, messen? Wenn dann noch die Besatzungspolitik, deren Interventionsgrad gerade in den ersten Jahren unvergleichbar höher sein mußte als später, so intensiv ins Spiel gebracht wird, muß die Soziale Marktwirtschaft, was immer man im übrigen von ihr auch halten mag, in ein Zwielicht geraten.

Gerade bei dem von Blum gewählten Zugang zum Thema muß man sich auch fragen, inwieweit manche Interpretationen nicht überstrapaziert werden und ob das herangezogene Beweismaterial gerade wegen der Beschränkung auf die ersten Nachkriegsjahre überzeugend genug ist. So wäre etwa für die von Blum zu seiner „größten Überraschung“ entdeckte und wiederholt betonte These von den in den ersten Nachkriegsjahren vorherrschenden sozialistischen Sympathien bei der Bevölkerung und deren ungebrochenem Vertrauen in den Staat das Urteil der Wirtschaftshistoriker nicht uninteressant (S. 2 u. 13 ff. sowie Kap. II/3). Auch die direkte Zuordnung des Marshall-Plans und der

Währungsreform zur Sozialen Marktwirtschaft in Gestalt der These, daß durch diese beiden Faktoren „die entscheidenden Grundlagen geschaffen [wurden], um der Sozialen Marktwirtschaft auch das Vertrauen der westdeutschen Bevölkerung zu gewinnen“ (S. 6 u. S. 204 ff.), überzeugt wenig. Beide Faktoren mußten nach Lage der Dinge für jede wirtschaftspolitische Konzeption bedeutsam werden. Schließlich stimmt die Akzentverteilung beim Vergleich von Ordo-Liberalismus und Sozialer Marktwirtschaft nachdenklich. So etwa die Reduzierung der Sozialen Marktwirtschaft auf die reine Ordnungsidee im Sinne des ökonomischen Marktmodeells gegenüber der Betonung der Wirtschaftsordnung als Mittel der Gesellschafts- und Sozialpolitik im Ordo-Liberalismus; oder der Abschnitt über die Wirtschaftslenkung des Ordo-Liberalismus (S. 55 ff.) und die Ausführungen zum Vergleich der „aktiven Wirtschaftspolitik“ in beiden Konzeptionen (S. 73 ff. und 109 ff.).

Eine Arbeit zur politischen Ökonomie der deutschen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit enthält notwendig viel Zündstoff. Um so mehr ist es dem Verfasser anzurechnen, daß er sich dieses Thema dennoch gestellt hat. Allerdings gehört gerade zu einer derartigen Analyse nicht zuletzt viel Distanz gegenüber dem Objekt, um nicht „Konstruktionen“ zu erliegen. Dieser Gefahr ist der Autor in seiner ansonsten begrüßenswerten und anregenden Arbeit leider nicht immer entgangen.

Detlef Lorenz, Berlin

*Rolf Krengel: Input-Output-Rechnung für Berlin (West) 1962. Ein Beitrag zur regionalen Strukturanalyse. Berlin 1969. In Komm. bei Duncker & Humblot. 96 S.*

Der Verfasser hat den Versuch unternommen, das Input-Output-Instrument für eine Stadt — d. h. für Berlin (West) — nutzbar zu machen. Als Basis-Tabellen werden vorgelegt: eine Input-Output-Tabelle mit 61 Sektoren (47 Produktionssektoren) sowie eine Einfuhrmatrix mit 56 Produktionssektoren jeweils für 1962. Der Einfuhrmatrix kommt wegen der hohen Importabhängigkeit der Berliner Wirtschaft besondere Bedeutung zu.

Die Berechnung der Input-Output-Tabelle erfolgte, indem aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stammende Globaldaten mit Hilfe spezieller statistischer Materialien des Statistischen Landesamts und des DIW sowie unter Verwendung gesamtwirtschaftlicher Input-Output-Informationen (derivative Methode) disaggregiert wurden. Die Berechnungen bzw. Schätzungen wurden erleichtert durch die Anwendung des vom DIW propagierten statistischen Konzepts der Input-Output-Tabelle (erfaßt wird die sog. Marktverflechtung zwischen Unternehmen, die den Sektoren nach dem Schwerpunktprinzip zugeordnet sind).

Unter praktischen Aspekten hat die DIW-Konzeption gegenüber der herkömmlichen — auf produktionstechnische Beziehungen ausgerichteten — Tabellenkonzeption Vorteile (Integration der Input-Output-Tabelle in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Entfall schwieriger Umrechnungen und Umbuchungen). Fragen der Interpretierbarkeit und analytischen Verwendbarkeit sind jedoch noch nicht abschließend beantwortet. Dennoch wird man nicht umhin können, in der Input-Output-Tabelle für Berlin eine realistische Schätzung und quantitative Beschreibung der sektoralen Interdependenzen zu sehen. Als im Vergleich zu anderen Regionen günstig erwiesen sich die für Berlin verfügbaren statistischen Informationen über die Einfuhr, so daß eine Einfuhr-Matrix erstellt werden konnte. Die Basis bildeten die sechsstellige Senatsstatistik der Warenbegleitscheine sowie die Importstatistik und die Statistik des Interzonenhandels. In Anlehnung an unveröffentlichte Berechnungen des Statistischen Landesamts erfolgte die Disaggregation nach liefernden Gütergruppen (S. 18).

Der Verfasser nimmt unter Verwendung der inversen Leontief-Koeffizienten (sektorale Multiplikatoren) eine Reihe von Auswertungen vor. Analysiert wird unter verschiedenen Aspekten der Zusammenhang zwischen Endnachfragestruktur und den Komponenten der Sektor-Bruttoproduktion, und zwar ausschließlich in ex-post-Betrachtung. Die Analyse der direkten und indirekten Produktionswirkungen ermöglicht Einblicke in die Funktionsweise der Berliner Wirtschaft, die in dieser Detaillierung bislang nicht möglich waren. Insgesamt zeigen die Untersuchungen eine große Abhängigkeit der Berliner Wirtschaft von Ausfuhr und Einfuhr sowie eine starke Konzentration von Produktion und Wertschöpfung auf wenige Sektoren. „Diese Ergebnisse sind typisch für alle räumlich eng begrenzten Regionen mit hoher wirtschaftlicher Aktivität“ (S. 65).

So interessant die aufgezeigten Wirkungszusammenhänge im einzelnen sind, so wird ihr Informationsgehalt doch eingeschränkt durch die Schwierigkeit, die Ergebnisse unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu bewerten und zu beurteilen. (Auf Vergleiche, die sich trotz der mit ihnen verknüpften Bewertungsproblematik anbieten, mußte der Verfasser schon deshalb weitgehend verzichten, weil eine gesamtwirtschaftliche oder andere regionale Input-Output-Tabelle nach dem DIW-Konzept für 1962 nicht zur Verfügung stand.)

Der Verfasser begnügt sich damit, Rangordnungen anhand von Quoten und absoluten Größen aufzustellen. An mehreren Stellen der Arbeit wird der Leser eingeladen, die Analysen nach eigenem Gutdünken (und mit der Aufgabe wirtschaftspolitischer Schlüssefolgerungen) weiterzuführen.

Dies schmälert jedoch nicht das Verdienst des Verfassers, wichtige Grundlagen für eine Analyse der Wirtschaft Westberlins bereitgestellt und tiefe Einblicke in die Wirkungszusammenhänge vermittelt zu haben.

Günter Strassert, Dortmund

*Hans E. Büschgen* (Hrsg.): *Geld, Kapital und Kredit. Festschrift zum 70. Geburtstag von Heinrich Rittershausen.* Stuttgart 1968. C. E. Poeschel. 480 S.

Diese Festschrift enthält im ersten Teil („Geld, Kredit und Zentralnotenbank“) Beiträge zu Fragen der makroökonomischen Geldtheorie und Geldpolitik, im zweiten und dritten Teil („Banken und Bankgeschäfte“, „Betriebliche Finanzwirtschaft“) überwiegend Beiträge zu Fragen der Bankpolitik und der Finanzierung aus einzelwirtschaftlicher Sicht.

Es ist nicht möglich, alle 27 Beiträge dieses anregenden und vorzüglich aufgemachten Bandes hier zu besprechen, und so rechnet der Volkswirt mit dem Verständnis des Lesers, wenn er von den Arbeiten im zweiten und dritten Teil nur diejenigen erwähnt, die ihm besonders interessant erschienen, und sich mehr dem gesamtwirtschaftlich orientierten Teil zuwendet. Man lese im abschließenden Beitrag von Fritz Ottel („Unternehmung — Nebensache“?) den Abschnitt „Neue Wirtschaftspolitik“, und es wird deutlich, wie weit Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre sich voneinander entfernen können und zu welchen Fehlurteilen es kommen kann, wenn man sich „en passant“ über zentrale Fragen des anderen Fachgebietes äußert.

Karl F. Hagenmüller wendet sich dem intensiveren Wettbewerb im Kreditgewerbe zu und fragt nach dem Spielraum der Kreditinstitute für eine autonome Preispolitik auf ihren Beschaffungs- und Absatzmärkten.

Hans E. Büschgen sieht in der Anwendung der Theorie der Markov-Ketten eine wertvolle Entscheidungshilfe für die Kreditinstitute bei der Prognose von Kreditrisiken. Ludwig Mülhaupt und Hans Wielens diskutieren die Vor- und Nachteile einer Ausgliederung des Effektengeschäfts aus dem Aufgabenbereich der Universalbank; zum Schutz der Bankkunden gegen systembedingte Interessenkonflikte plädieren die Verfasser für die Gründung eines Effektenaufsichtsamtes. V. A. De Ridder befaßt sich mit der wichtigen Frage der Konzentration im Bankwesen in den Ländern des Gemeinsamen Marktes; man erfährt, daß die Deutsche Bank unter den 500 größten Banken der Welt den 27. Platz einnimmt. Hans G. Schachtschabel schreibt über die Bedeutung des Leasing bei hohem Kapitalbedarf und relativ schneller technischer Veralterung der Anlagen.

Den gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Teil leitet Günter Schmölders ein mit einigen allgemeinen Bemerkungen zur Theorie des Geldverhaltens und mit interessanten Befragungsergebnissen zu den Problemen des Umgangs mit Geld.

Otto Veits Darstellung der Zusammenhänge zwischen der Geldschöpfung der Banken, dem „echten“ Sparen und der Kapitalbildung ist nützlich, da — wie Veit mit Recht bemerkt — bei vielen Bankpraktikern das Meinungspendel wieder (oder immer noch) nach der klassischen Seite schwingt („Der Kredit ist kein Kapital, und er erzeugt

kein Kapital“). Dem Rezensenten erscheint in einem Punkt eine Klarstellung angebracht: *Veit* nennt die Zinsspannentheorie eine geniale Entdeckung von Knut Wicksell. Das kann *Veit* nur als „Wiederentdeckung“ gemeint haben; denn selbstverständlich hat bereits Henry Thornton die Zinsspannentheorie in seinem Buch „An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain“ (London 1802) vollständig dargestellt. Karl Brandt versucht, prinzipielle Verantwortungsbereiche für die Geldpolitik und die Fiskalpolitik anzugeben; er kommt zu dem Ergebnis, daß die Fiskalpolitik für die konjunkturelle Stabilisierung effektiver ist und die Geldpolitik für die Wachstumsstabilisierung. Dieser Aufgabenverteilung zwischen Fiskus und Notenbank kann selbst dann nicht zugestimmt werden, wenn sie nur schwerpunktmäßig zu verstehen ist. Robert M. Weidenhammer sieht die Zeit gekommen, da nicht mehr mit einer Stimulation durch Budgetdefizite gerechnet werden kann: Der expansiven Wirkung stehen bei steigenden Preisen kontraktive Effekte infolge höherer Zinssätze und höherer Steuersätze gegenüber. Ernst Dürr vertritt die These, die Notenbank müsse die Finanzierung der Investitionen bereits am Anfang der Hochkonjunktur und nicht erst an ihrem Ende bremsen, und zwar so, daß der Aufschwung auf die Wachstumsraten begrenzt wird, die langfristig „durchgehalten“ werden können. In der Beurteilung der einzelnen Störfaktoren der Geldpolitik und der Wirkungsverzögerung teilt der Rezensent die Auffassungen des Verfassers mit einer Ausnahme: Die Lieferantenkredite scheinen nach eigenen empirischen Untersuchungen für die BRD nicht in diesen Kreis zu gehören.

Vincenz Timmermann, Mannheim

**Heiko Faber:** Wirtschaftsplanung und Bundesbankautonomie. Baden-Baden 1969. Nomos Verlagsgesellschaft. 76 S.

Die scharfe Restriktionspolitik der Deutschen Bundesbank in den Jahren 1964 - 1966 vermochte zwar den Preisauftrieb zu bremsen — die damit verbundene Rezession mit ihren sozialen und politischen Auswirkungen führte allerdings auch zu einem Wiederaufleben der Diskussion über die rechtliche Stellung dieser obersten Währungsbehörde in der Bundesrepublik. Mit dem Satz „Die Deutsche Bundesbank ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig“, hat der Gesetzgeber 1957 die schlechten Erfahrungen mit den weisungsgebundenen Notenbanken während der Zeit der großen Nachkriegsinflationen und die guten Ergebnisse, die die autonome Bank deutscher Länder erreichen konnte, zu verwerten versucht. Die Autonomie gegenüber der politischen Exekutive, die gleichermaßen vor staatlichem Mißbrauch mit der Notenpresse schützen wie überhaupt Regierung und Parlament aus dem unpopulären, weil für den Laien nicht transparenten Geschäft der Geldsteuerung befreien soll, wird zwar eingeschränkt durch die Verpflichtung der Bundesbank, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Doch kann der Zentralbankrat auch

gegen diese Vorschrift handeln, wenn er glaubt, daß sie die Wahrung seiner Aufgabe nicht zuläßt.

Dieser Grad an Selbständigkeit wird noch verstärkt durch eine Unterlassungssünde des Gesetzgebers. Während nämlich die Befugnisse der Bundesbank eindeutig festgelegt sind, ist die Zielsetzung, nach der dies zu geschehen hat — die Sicherung des Geldwertes — kaum je allgemein oder gar endgültig definierbar, wohl aber interpretationsbedürftig. Damit die Bundesbank die ihr zugeschriebene Aufgabe überhaupt erfüllen kann, muß sie selbst entscheiden, was sie unter dieser Formel verstehen will. Das versetzt sie jedoch in die Lage, (nach pflichtgemäßem Ermessen) nahezu unbeschränkt selbstständig zu handeln.

Mit der „Erosion der Notenbankinstrumente“ (Wilhelm *Hankel*), also der Erscheinung, daß die Zentralbankpolitik allein nicht ausreicht, um die Konjunktur- und Preisentwicklung zu steuern, und der daraus in der BRD gezogenen Konsequenz in Gestalt des Stabilitätsgesetzes können sich Konflikte ergeben zwischen dem Status einer unabhängigen Bundesbank und der Kabinettspolitik.

Der Verfasser, der sich als Jurist mit der „planlosen Autonomie“ der Bundesbank befaßt, analysiert exakt die Friktionen, die sich aus dem rechtlichen Nebeneinander zweier wirtschaftspolitischer Exekutivorgane des Bundes mit unterschiedlich normierten Aufträgen ergeben. Die damit angelegten politischen Konfliktmöglichkeiten versucht er mit der Annahme einer „planbeschränkten Zentralbankautonomie“ zu lösen. Danach ist die Bundesbank zwar an Planzielbestimmungen der Regierung gebunden (sofern diese nicht den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts widersprechen), in der Planzielverwirklichung dagegen von Weisungen unabhängig. Abgesehen davon, daß auf diese Weise Ziel-Mittel-Antinomien, die sich aus dem besonderen Zentralbankinstrumentarium ergeben, nicht aufgehoben werden können, bleibt als zusätzliches Problem die mangelnde Justitiabilität dieser Lösung bei den herrschenden gesetzlichen Bestimmungen. Konflikte zwischen Bundesbank und Regierung lassen sich danach weiterhin nur auf eine Weise regeln, auf die die Inschrift über dem Portal der Bank von England hinweist: „Men not Measures“.

Ralf Mairose, Hamburg

**Harry G. Johnson:** Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 342 S.

Der Verfasser dieses Buches gehört zu den besten international anerkannten Geldtheoretikern. Es ist zu begrüßen, daß seine zunächst in englischer Sprache erschienene Aufsatzsammlung ins Deutsche übertragen wurde und daher besonders für Lehrzwecke zur Verfügung steht, zumal einige der Beiträge einen guten Überblick über die neueren Entwicklungen auf dem Gebiet der Geldtheorie geben. Dem kommt der Verfasser noch in einem speziellen Vorwort zur deutschen Auflage entgegen, in dem er auf einige grundlegende Probleme in der

derzeitigen geldtheoretischen Diskussion aufmerksam macht und Ansätze zu ihrer Lösung aufzeigt.

Der erste Teil der Aufsätze, auf dem das Schwergewicht des Buches liegt, beschäftigt sich mit Fragen der Geldtheorie und der Theorie der Geldpolitik. Hier findet sich zunächst der bekannte Survey-Aufsatz aus der American Economic Review (1962) über den Stand der Geldtheorie und Geldpolitik, dessen vorzügliche Übersicht über die in der angelsächsischen, speziell amerikanischen Literatur diskutierten monetären Probleme dazu beiträgt, die großen Entwicklungslinien nicht aus dem Auge zu verlieren.

Vielleicht noch fruchtbarer für die Diskussion in Übungen und für universitäre Lehrzwecke erweist sich der zweite Aufsatz, der ebenfalls einen Überblick über „Neuere Entwicklungen der Geldtheorie“ gibt und zum großen Teil die gleichen Fragen behandelt. Da aber nicht unmittelbar an der Literatur, sondern an sechs geldtheoretischen Problemen angesetzt wird, ist er für den Leser leichter zugänglich. Besonderes Gewicht legen beide Aufsätze auf die Stellung der Geldtheorie im Rahmen der allgemeinen Theorie. Auch beim dritten Aufsatz handelt es sich um einen Überblick, nämlich über die Inflationstheorie. Wieder überzeugt die Art, große Linien zu sehen und die verschiedenen Erklärungsversuche zu systematisieren. Daß dem Verfasser dabei auch einmal überspitzte Urteile unterlaufen, ist verständlich. So dürften die Behauptung, die Auseinandersetzung zwischen der Kosten- und der Nachfrage-theorie der Inflation sei weitgehend überflüssig, und die dafür genannten beiden ersten Gründe (S. 139—141) nicht voll aufrechtzuerhalten sein. Für den langsamen Preisanstieg in den westlichen Industriestaaten dürften monetäre Faktoren weniger bestim mend sein, als Johnson behauptet. Die für den Preisanstieg erforderliche Elastizität des Geldangebotes ist in der Regel gegeben oder wird — aufgrund anderer Zielsetzungen — von den währungspolitischen Instanzen zumindest zugelassen. Unter dieser Voraussetzung gewinnen Nachfrager- und / oder Kostenfaktoren die größere Bedeutung. Das Hauptproblem dieses Aufsatzes besteht darin, mit den gleichen theoretischen Instrumenten die Fälle der schleichenden und der Hyperinflation erfassen zu wollen.

In einem weiteren Beitrag wird mit Hilfe der geometrischen Methode ein einfaches Ein-Sektoren-Modell entwickelt und die Rolle des Geldes dabei berücksichtigt. Angefügt sind noch einige modelltheoretische Überlegungen zur Nachfrage nach Transaktionskasse.

Im zweiten Teil des Buches sind zwei Aufsätze zu Grundfragen der Geldpolitik in Kanada und den USA zusammengefaßt. Insbesondere für die restriktiven Voraussetzungen im Fall Kanadas wird gezeigt, was die Geldpolitik zu leisten vermag, wo ihre Grenzen liegen und welche Leitlinie sinnvollerweise angestrebt werden kann. Für Kanada wie für die USA bedeutet nach Ansicht des Verfassers das System fester Wechselkurse eine wesentliche Beeinträchtigung der Freiheit geld- (und finanz-)politischen Handelns.

Der dritte Teil des Buches enthält drei Aufsätze zur Geld- und Finanzpolitik der Entwicklungsländer, wobei vor allem im Hinblick auf die Zahlungsbilanzprobleme argumentiert wird. Um der Wirtschaftspolitik größere Freiheit zu lassen, tritt der Verfasser für eine freie Wechselkursbildung ein, die er auch sonst befürwortet.

Alois Oberhauser, Freiburg

**Karl C. Thalheim** (Hrsg.): *Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften*. 2 Bde. Berlin 1968 u. 1970. Duncker & Humblot. 228 u. 376 S.

Nach dem 1961/62 vorgelegten Band „Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China“ geben die beiden vorliegenden Sammelände als eine Art empirische „Fortschreibung“ das Ergebnis weiterer mehrjähriger Arbeiten des „Ausschusses zum Studium der Ostfragen“ des Vereins für Socialpolitik wieder. Eine zentrale Fragestellung der Team-Untersuchung war die Überprüfung der von den Planwirtschaftlern vertretenen These, daß das zentralplanwirtschaftliche Wirtschaftssystem im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum leistungsfähiger ist als marktwirtschaftliche Ordnungen, eine These, die vor allem für Entwicklungsländer entscheidungsrelevant ist.

Der erste Band ist — abgesehen von *Thalheims* Übersichtsartikel (Besonderheiten des Wirtschaftswachstums in den kommunistisch regierten Ländern) — der UdSSR vorbehalten. Gert *Leptin* untersucht die langfristigen Wandlungen im Wirtschaftswachstum in Beziehung zur Wachstumspolitik der Sowjetunion. Von Rolf *Krengel* und Ernst *Eisendraht* wird eine ökonometrische Berechnung des industriellen Wachstums (Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen) vorgelegt. Über den Agrarsektor berichtet Karl-Ernst *Schenk*, über den Dienstleistungssektor der UdSSR Johannes F. *Timmer*.

Der zweite Band bringt in sechs (für Polen fand sich, wie der Herausgeber mitteilt, kein ausreichend qualifizierter Mitarbeiter) Abhandlungen eine Übersicht über das Wirtschaftswachstum in den übrigen Comecon-Ländern (*Thalheim*: DDR, *Klocke*: ČSSR, Ungarn: *Gajzago*, Jugoslawien und Rumänien: *Wessely*, Bulgarien: *Zotschew*). Die Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum und den Reformen des ökonomischen Systems nach sowjetischem Muster erörtert *von Bissing* in einer speziellen Untersuchung, in der auch der Aspekt der Anpassung des Überbaus an die sich verändernde materielle Basis Eingang gefunden hat. Schließlich enthält der zweite Band noch eine fast 700 Titel aufführende Bibliographie, die von Gerhard *Teich* zusammengestellt und nach Ländern geordnet wurde.

Versucht man ein Resumée zu geben, das hier nur sehr grobschlächtig sein kann, so sind folgende Punkte hervorzuheben: Bis Ende der fünfziger Jahre wurde mit dem sowjetischen Planungsmodell trotz wiederkehrender partieller Schwierigkeiten in allen Ländern ein ein-

drucksvolles (expansives) Wachstum erreicht. Die um 1960 eintretenden, strukturell bedingten Wachstumsrücksläge — besonders schwerwiegend in der DDR und der ČSSR — führten zu Reaktionen im Überbau (wissenschaftliche Diskussion, Reformbestrebungen der Politiker), die die häufig vertretene These von der ideologisch bedingten, prinzipiellen Inflexibilität der kommunistischen Wirtschaftssysteme nicht bestätigen. Daß Systemorthodoxie und sozioökonomisch bedingte Beharrungstendenzen bisher in planwirtschaftlichen Ländern erst durch schwere ökonomische Krisen, die sich zudem wegen der staatlichen Beschäftigungsgarantie besser kaschieren ließen, durchbrochen wurden und der Umstellungsprozeß auch heute noch unteroptimal langsam weiterläuft, spricht nicht dagegen, daß die „Sowjetunion das Jahr 1984 erleben“ wird.

Karl Georg Zinn, Aachen

*Hans Sieber:* Die realen Austauschverhältnisse zwischen den Entwicklungsländern und Industriestaaten. Eine Verifizierung der These Prebischs. Tübingen u. Zürich 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) u. Polygraphischer Verlag. 173 S.

Diese Arbeit setzt sich mit der These auseinander, der internationale Handel zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten gehe zu Lasten der Entwicklungsländer, deren Terms of Trade sich zunehmend verschlechtern. Während nämlich die Industriestaaten die Primärgüter der Entwicklungsländer zu langfristig sinkenden Preisen einführen können, müssen diese für Fertigprodukte aus den Industrieländern steigende Preise akzeptieren. Diese zunächst von Prebisch aufgestellte Behauptung ist später vor allem von Myrdal aufgegriffen worden und erscheint neuerdings auch in der päpstlichen Enzyklika „Populorum Progressio“. Der Beweis für die genannte These ist von Prebisch jedoch nicht erbracht worden. Sieber hat sich deshalb die Aufgabe gestellt, „auf eine möglichst eindeutige Weise den Verlauf der Terms of Trade zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten und seine Folgen für die Entwicklungsländer ... zahlenmäßig darzustellen und die Faktoren herauszufinden, die den säkularen Terms of Trade zu grunde liegen“ (S. X.).

Zunächst stellt Sieber die statistischen und theoretischen Argumente zusammen, wie sie sich in den verschiedenen Publikationen Prebischs finden. Der zweite und umfangreichste Teil der Arbeit befaßt sich kritisch mit der These Prebischs. Dabei geht der Autor in folgenden Schritten vor: Zunächst wird geprüft, wie sich die Net Barter Terms of Trade für die Entwicklungsländer gegenüber den Industriestaaten langfristig entwickelt haben. Hierbei zeigt Sieber, daß Prebischs These, die Terms of Trade hätten sich zuungunsten der Entwicklungsländer verändert, in der globalen Form nicht aufrecht zu erhalten ist. Die Austauschverhältnisse müssen vielmehr für einzelne Länder und Güter getrennt berechnet werden. Die vom Verfasser als Beispiel herangezogenen acht Primärgüter zeigen deutlich die unterschiedliche Entwicklung der Exportpreise.

Sodann fragt Sieber, welche Bedeutung den Net Barter Terms of Trade bei der Bestimmung der Importkapazität eines Landes zukommt. Hierbei zeigt sich, daß die Net Barter Terms of Trade nur ein unbefriedigender Maßstab sind; an ihrer Stelle könnte man die Income Terms of Trade von Dorrance oder den Außenhandelserfolgsindex von Lademann verwenden. Schließlich werden die Faktoren herausgearbeitet, die dem Verlauf der Net Barter Terms of Trade zugrunde liegen. Prebisch hat dafür die Diskrepanz in der Einkommenselastizität zwischen der Nachfrage nach Primärgütern und nach Fertigprodukten sowie die unterschiedliche Ausbreitung des technischen Fortschritts angeführt. Damit werden jedoch — wie Sieber zeigen kann — die säkularen Preisentwicklungen nicht hinreichend erklärt, was vor allem mit Hilfe einer Analyse der Preisbildungsfaktoren bei Kaffee und Tee dargestellt wird.

*Prebischs* These, die internationale Arbeitsteilung habe die Kluft zwischen armen und reichen Ländern noch vergrößert, erweist sich somit als nicht bewiesen. Das ist ein wirtschaftspolitisch höchst interessantes Ergebnis, zumal gerade in den letzten Jahren die handelspolitischen und finanziellen Forderungen der Entwicklungsländer an die Industriestaaten immer wieder mit dem Hinweis auf *Prebischs* These begründet worden sind. Neben der wirtschaftspolitischen Aktualität gefällt an der Arbeit die theoretische Argumentation. Jede einzelne These wird in der Weise geprüft, daß zunächst ihr theoretisches Fundament und ihre Prämissen herausgearbeitet werden; das erst ermöglicht eine abgewogene und überzeugende Kritik. Beispielhaft kann hier auf die Diskussion der verschiedenen Konzepte der Terms of Trade hingewiesen werden (S. 14 ff.). Insgesamt stellt die Studie den in jeder Hinsicht gelungenen Beweis dar, daß eine empirische Analyse nur dann brauchbare Ergebnisse liefern kann, wenn sie auf einem soliden theoretischen Fundament aufbaut.

Rolf Peffekoven, Bochum

**Heinz Haller, Lore Kullmer, Carl C. Shoup, Herbert Timm (Hrsg.): Theorie und Praxis des finanzpolitischen Interventionismus. Fritz Neumark zum 70. Geburtstag. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 615 S.**

Die Neumark-Festschrift besteht aus fünf Abschnitten: I. Grundfragen der Theorie der Staatswirtschaft, II. Zu theoretischen und konstitutionellen Problemen der Besteuerung und des steuerpolitischen Interventionismus, III. Zur Budgettheorie und Budgetpolitik, IV. Zur Staatswirtschaft in den Entwicklungsländern und V. Beiträge zur Beschäftigungstheorie und -politik sowie zur Geldtheorie. — Bei der Fülle von 31 Beiträgen können in einer kurzen Besprechung entweder die Themen der einzelnen Aufsätze aufgezählt oder aber, wie hier geschehen, nur wenige herausgegriffen werden, deren Auswahl dann meist die Interessen des Rezessenten widerspiegelt.

In seinem Beitrag „Kollektivbedürfnisse und Staatstätigkeit“ stellt Kurt Schmidt die provozierende These auf, daß es sich bei den „Theorien von den Kollektivbedürfnissen und Kollektivgütern, insoweit sie normativen Charakter haben und dazu dienen sollen, Art und Umfang der finanzwirtschaftlichen Tätigkeit des Staates zu bestimmen“ (S. 3), um Irrlehen handelt. Als Ausgangspunkt wählt er die von Musgrave (weiter-)entwickelte Theorie der öffentlichen Güter, die dann besonders fragwürdig erscheint, wenn die Ergänzungs- und/oder Korrekturbedürftigkeit der Konsumentenpräferenzen nicht nur für die „meritorischen Güter“, sondern auch für die „spezifisch öffentlichen Güter“ charakteristisch ist (S. 22). Kann weiterhin nachgewiesen werden, daß selbst mit Hilfe komplizierter Wahlverfahren die „wahren“ Präferenzen der Bürger verschleiert bleiben, dann läßt sich zu Recht fragen, „wie aus den individuellen Präferenzen finanzpolitische Entscheidungen abgeleitet werden können“ (S. 23 f.). Schließlich lehnt Schmidt, unter Hinweis auf die mangelnde Zurechenbarkeit der von öffentlichen Leistungen ausgehenden Nutzen, die Kosten einer Verbesserung des individuellen Informationsstandes, etc. die These ab (S. 25), daß die individuelle Bewertung finanzwirtschaftlicher Staatstätigkeit prinzipiell in der gleichen Weise möglich ist wie die privater Güter. — Als Alternative „schwebt“ Schmidt „eine Modifikation des individualistischen Ansatzes vor, die die ‚unmittelbaren‘ Akteure — Parteien, Verbände bzw. deren Führungsgremien — in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt“, da sie „als intermediäre Gewalten der modernen Gruppendemokratie im Bereich zwischen Bürger und Staat agieren“ (S. 27). Offen bleibt — bei aller Berechtigung der von Schmidt vorgetragenen Kritik —, ob es sich bei der normativen Theorie der öffentlichen Güter, für die ja kein Allgemeingültigkeitsanspruch erhoben wird, tatsächlich um einen „unfruchtbaren Denkansatz“ (S. 1) handelt. Selbst dann nämlich, wenn die Bedeutung der Theorie der öffentlichen Güter als Theorie des Marktversagens fragwürdig erscheint und ihr pädagogisch-didaktischer Wert ebenfalls umstritten ist, bliebe der Wert der durch diese Theorie angeregten wissenschaftlichen Diskussion noch zu klären.

Heinz Haller versucht in seinem Aufsatz „Zur Frage der Abgrenzung zwischen interventionistischer und dirigistischer Steuerpolitik“ anhand des Distributions- und Stabilisierungszieles Kriterien herauszuarbeiten, um die in einer marktwirtschaftlichen Ordnung als unerwünscht angesehene dirigistische Steuerpolitik von der als „wünschenswert oder zumindest akzeptablen“ (S. 89) interventionistischen Besteuerung zu trennen. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß weder die „Breite des Wirkungsbereichs“ einer Steuermaßnahme als Maßstab ausreicht noch das Erreichen der „höchsten Produktionsrationalität“ zur Beurteilung weiterhilft. Zum entscheidenden Merkmal wird vielmehr die Bedeutung (Dignität) des jeweils verfolgten Ziels: „Differenzierende Maßnahmen zugunsten bestimmter Gruppen können nur aus einer allgemeinen Zielsetzung heraus begründet werden“ (S. 111). Da dann aber die Gefahr

besteht, daß dirigistische Maßnahmen unter Hinweis auf allgemeingültige Ziele interventioniert werden, kommt, wie Haller betont, der Prüfung der Berechtigung der Ziele vorrangige Bedeutung zu; es bleibt in seinen Ausführungen allerdings offen, wer diese Überprüfung vornehmen und wie sie durchgeführt werden soll. — Auch dann, wenn das wirtschaftspolitische Zielsystem operationalisierbar, die Wirkung einzelner Instrumente auf die Zielerreichung meßbar, „die Breite des Wirkungsbereichs einer Maßnahme ermittelbar und „das Entstehen partieller Begünstigungen“ quantifizierbar wären, bliebe die Grenzlinie zwischen Dirigismus und Interventionismus in einem wirtschaftlichen Mischsystem weiterhin unbekannt oder politisch zu bestimmen. Ob Haller dieser Aussage zustimmen würde, läßt sich seiner Untersuchung nicht entnehmen.

Herbert Timm prüft in seiner Abhandlung „Der konjunkturelle Haushalt“ die praktische Relevanz der vom Sachverständigenrat (SVR) zu diesem Thema aufgestellten Thesen. Bekanntlich sieht der SVR den Anstieg der realen Ausgaben im Ausmaß der Steigerung des Produktionspotentials als konjunktureutral an, wobei zu beachten ist, daß die Beanspruchung dieses Potentials durch den privaten Sektor weder zurückgedrängt noch gefördert werden darf. Zur Vereinfachung dieser Konzeption wird eine konstante Struktur der Einnahmen und Ausgaben vorausgesetzt. Während Timm die Ausgabenmaxime trotz einiger Vorbehalte doch im Prinzip akzeptiert, sieht er bei der Einnahmenpolitik die Besteuerung nur dann als konjunktureutral an, wenn Bemessungsgrundlage und Steuersätze unverändert bleiben, insbesondere auch dann, wenn die Aufkommenselastizität ungleich eins sein sollte, eine Situation, die nach Meinung des SVR eine Revision der Steuersätze und/oder Ausgabebänderungen erfordert. Müßten nämlich, so führt Timm aus, in einer durch optimale Auslastung aller sachlichen und personellen Ressourcen gekennzeichneten Konjunkturlage, in der die private Ausgabebetätigkeit prozentual wie das Produktionspotential wächst, die Steuersätze bei einer Aufkommenselastizität  $> 1$  geändert werden, würden die betroffenen Steuerzahler ihre Ausgabepläne wahrscheinlich revidieren. Dann entspräche jedoch das Wachstum der privaten Ausgaben u. U. nicht mehr dem des Produktionspotentials; die Steuerpolitik ließe sich nicht länger als konjunktureutral bezeichnen. — Neben den Steuern prüft Timm noch die Bedingungen einer konjunktureutralen Staatsverschuldung aus Geldschöpfung und Ersparnissen bei gegebenem Zinsniveau, ein Thema, zu dem sich der SVR in seinem letzten Gutachten ebenfalls äußert. — Konjunkturelles Verhalten des öffentlichen Sektors ist nur dann erwünscht, wenn der optimale Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Potentials erreicht ist und die privaten Ausgaben mit der Rate des Produktionspotentials wachsen (S. 402). Da die Realität aller Erfahrung nach meist antizyklische Finanzpolitik erfordert, erscheint Timm die praktische Relevanz dieser (konjunktureutralen) Zielfunk-

tion sehr gering, während er dem konjunkturneutralen Haushalt als Maßstab für nichtkonjunkturneutrales Verhalten der öffentlichen Hand große Bedeutung beimißt — allerdings nur dann, „wenn die Bedingungen, unter denen der öffentliche Haushalt konjunkturneutral ist, korrekt bestimmt sind“ (S. 401).

Otto Pfleiderer („Transaktionen mit der Notenbank und mit Geschäftsbanken im System der antizyklischen Finanzpolitik“) prüft die Frage, ob die Tilgung öffentlicher Schulden bei den Geschäftsbanken in ihrer konjunkturdämpfenden Wirkung der Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage (KAR) bei der Bundesbank entspricht. Aktueller Bezugspunkt für eine andauernde Kontroverse war eine im Juli 1969 von der Bundesregierung erlassene Verordnung über die Bildung einer KAR durch Bund und Länder, die wegen der den beiden Gebietskörperschaften eingeräumten Option zwischen der Zuführung von Mitteln an eine KAR und der Tilgung von durch Geschäftsbanken gehaltenen kurzfristigen Staatschuldtiteln einen Streit entfachte. Die unterschiedliche Wertung der konjunkturpolitischen Einflüsse einer Schuldentilgung bei Geschäftsbanken in der Literatur erscheint Pfleiderer um so erstaunlicher (S. 516), als im entgegengesetzten Falle der Konjunkturankurbelung Einigkeit darüber besteht, daß eine verstärkte staatliche Verschuldung auch expansiv wirkt, wenn die Titel vom Geschäftsbanksystem gezeichnet werden. „Es ist somit zu fragen, ob es denkbar ist, daß sowohl die Aufnahme von Krediten bei Geschäftsbanken durch öffentliche Stellen wie die Tilgung solcher Kredite expansiv wirkt, was mindestens von unerhörter Paradoxie wäre“ (S. 517). Analytisch geht Pfleiderer so vor, daß er einmal den Einkommenseffekt (Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen einer Wirtschaftseinheit) einer Maßnahme trennt von ihrem möglichen Liquiditätseffekt (hervorgerufen durch die Änderung der Nettostaatsverschuldung) und zum anderen Schuldaufnahme und Schuldtilgung nicht als getrennte Vorgänge betrachtet, sondern sie in Zusammenhang sieht mit der Mittelverwendung bei der Aufnahme bzw. der Mittelbeschaffung zur Tilgung öffentlicher Schulden. — Bei den durch eine Zunahme der Nettostaatsschuld hervorgerufenen Liquiditätseffekten betont Pfleiderer insbesondere, „daß es ... zu einer Erhöhung der Bankenliquidität nicht nur durch eine vorhergehende Geldschöpfung von Seiten der Notenbank kommen kann, sondern auch dadurch, daß die Kreditinstitute ohne vorhergehenden Zufluß von Notenbankgeld notenbankfähige Titel in ihr Portefeuille nehmen“ (S. 520). Während sich bei einer solchermaßen expansiven Schuldenpolitik das Bilanzvolumen der Geschäftsbanken ausweitet, sinkt es im entgegengesetzten Konjunkturfall, wenn „die zur Schuldentilgung verwendeten Steuerbeträge auf der Passivseite der Bilanz aus der Summe der Kundshaftseinlagen verschwinden und auf der Aktivseite ein entsprechender Betrag an notenbankfähigen Titeln wegfällt“ (S. 521 f.). Mit Hilfe einer ausführlichen Analyse verschiedener Bilanzbilder kommt Pfleiderer zu dem Ergebnis, daß es

kreditpolitisch einerlei sei, ob eine KAR gebildet oder aber notenbank-fähige Titel bei Geschäftsbanken eingelöst werden. Für die konjunkturpolitische Praxis bedeutet dieses Ergebnis, daß sich nunmehr auch diejenigen Träger finanzpolitischer Maßnahmen, die von Transaktionen mit der Notenbank ausgeschlossen sind, durch entsprechende Defizit- und Rücklagenpolitik verstärkt antizyklisch verhalten können, wobei natürlich die Wirksamkeit dieser Möglichkeit und ihre Realisierungschance mit bereits vorhandenen Maßnahmen verglichen werden müßten.

Das am Schluß chronologisch zusammengestellte Verzeichnis der von Fritz Neumark verfaßten Schriften dokumentiert eindrucksvoll die Meinung der Herausgeber: „Die deutsche Finanzwissenschaft und die wissenschaftliche Beratung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik unserer Zeit sind ohne ihn nicht mehr denkbar“.

Klaus-Dirk Henke, Marburg

**Gerhard Breidenstein:** Das Eigentum und seine Verteilung. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zum Eigentum und zur sozialen Gerechtigkeit. Stuttgart/Berlin 1968. Kreuz-Verlag. 345 S.

Diese Untersuchung enthält zwei Teile von nahezu gleichem Umfang: zunächst eine nationalökonomische Analyse der bisherigen vermögenspolitischen Diskussion, dann eine Darstellung und kritische Stellungnahme zu einigen evangelischen sozialethischen Untersuchungen zur Frage der Vermögensbildung und -verteilung.

Beide Teile zeichnen sich durch eine rühmenswerte Klarheit in Aufbau und Gedankenführung aus. Zumal die Darstellung und Kritik der Argumente im ersten, nationalökonomischen Teil ist umfassend, sprachlich und gedanklich souverän. Wenngleich man der Beurteilung der verschiedenen Positionen durchweg zustimmen kann, könnte man gegen einige Punkte Bedenken anmelden. Breidenbach übernimmt z. B. den in der vermögenspolitischen Diskussion häufig vorgetragenen Hinweis, daß die Kreditschöpfung einen Prozeß erzwungenen Sparsens auslöse, der verteilungspolitisch bedenklich sei (S. 100). Aber nicht nur die Preiserschen Q-Gewinne (windfall profits), sondern auch alle anderen Arten von Gewinnen, wie Differential- oder Monopolgewinne, sind letztlich nichts anderes als eine dem Konsumenten über den Preis auferlegte, erzwungene Ersparnis, also der gesamte Q-Gewinn im Keyneschen Sinn (der viel umfassender ist als der Preisersche Q-Gewinn). Vielen vermögenspolitischen Plänen geht es darum, den durch diesen erzwungenen Konsumverzicht ermöglichten Vermögenszuwachs zumindest teilweise denjenigen zukommen zu lassen, die den Konsumverzicht geleistet haben: den Konsumenten. Dieses Ziel verfolgten die Systeme der „investiven Gewinnbeteiligung“ am konsequentesten: der Gleitze- bzw. Krelle-Plan. Daß eine Zuteilung gemäß „Leistung“ — hier gemäß „Sparleistung“ — nicht möglich ist, ist selbstverständlich und wird von Breidenstein an verschiedenen Stellen mit Recht betont. Trotz der eingehenden und zutreffenden Kritik

an den „Investivlohnplänen“ (S. 155), die — im Gegensatz zur „investiven Gewinnbeteiligung“ — nicht am Gewinn, sondern am Lohn als Bezugsgröße anknüpfen, erweist sich der Hinweis Breidensteins auf die „investive Gewinnbeteiligung“ als auffallend kurz und unzulänglich (S. 154). Daher kommt der Verfasser auch an anderer Stelle zu dem — offensichtlich falschen — Schluß, als sei der „Sozialkapital-Plan des DGB (vom Januar 1961) ... nicht mehr aktuell ...“ (S. 315). Das im gleichen Jahr wie Breidenbachs Veröffentlichung erschienene Krelle-Gutachten hat die theoretische Bedeutung des Plans noch einmal bestätigt. Immerhin hatte auch das vom Verfasser so häufig zitierte erste Föhl-Gutachten auf die kreislauftheoretische Geschlossenheit des DGB-Gleitze-Plans hingewiesen.

Aus der Perspektive des zweiten, soialethischen Teils, muß sich auch der Abschnitt über die „Ziele der Wirtschaftspolitik“ (S. 157 ff.) als etwas vordergründig ausnehmen: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, „gleichgewichtiges Wachstum“, Sicherung des Wettbewerbs usf. sind zwar Ziele, auf die sich die gesamte methodisch wenig reflektierte Theorie der Wirtschaftspolitik zu einigen vermag, die aber in ihrer vermeintlichen Wertfreiheit zu ökonomistischen Trugschlüssen verführen. Gerade unter soialethischem Aspekt hätte man an dieser Stelle einige breitere Erörterungen zur Frage einer metaökonomischen Begründung der Wirtschaftspolitik erwarten dürfen.

Der — trotz dieser kritischen Anmerkungen — hervorragende erste Teil wird nun allerdings noch durch den zweiten Teil übertroffen, in dem sich der Verfasser mit vermögenspolitischen Äußerungen in einigen deutschsprachigen Standardwerken der evangelischen Soialethik auseinandersetzt. Bevor Breidenstein selbst auf seinen eigenen methodologischen Ausgangspunkt hinweist (S. 303 ff.), wird dem mit der gegenwärtigen methodologischen Diskussion vertrauten Leser klar, daß Breidenstein von einem moderner Logik und zumal moderner Sprachanalyse verpflichteten, ideologiekritischen Konzept ausgeht. Die soziologisch und historisch relativierende Position des Verfassers in erkenntnikritischer als auch in werttheoretischer Hinsicht läßt von vornherein jede aprioristisch-platonistische Position als völlig unhaltbar erscheinen. Die Kritik an Thielickes „Wesens“-Interpretationen gehört zu den glänzendsten Stellen des Buches. Auf katholischer Seite ist eine ähnliche Kritik am naturrechtlichen Denken u. a. von August M. Knoll vorgetragen worden. Nicht nur in der theologischen, sondern auch in der sozialwissenschaftlichen Fachliteratur enthüllt sich das „Wesen“ bei näherer Analyse oft als nichts anderes als die vermeintliche Objektivierung recht individueller Werturteile und politischer Urteile. Der Verfasser kommt demgemäß zu dem Ergebnis, „daß fast die ganze bisherige soialethische Behandlung des Themas Eigentum sowohl die gegebene Situation als auch die angestrebten Ziele verfehlt und, daß das gesellschaftspolitische Programm der breiten Eigentumsstreuung auf ungenauen Analysen, falschen Fragestellungen und irrealen Zielsetzungen beruht“. Fast allen behandelten Autoren wirft er zumindest Vagheit oder Flucht in die Leerformel vor. Zumal die

Eigentumsdenkschrift der EKD wird einer rücksichtslosen — und in einigen Punkten übrigens nicht ganz gerechten — Kritik unterzogen. Nur bei Heinz-Dietrich *Wendland* glaubt Breidenstein verwandte Ansichten zu finden. Trotz aller Brillanz in der Kritik ist das Ergebnis dünn: Wenngleich die These, daß das Eigentum seine „Funktionen“ in der modernen Gesellschaft weitgehend verloren hat, richtig ist (gewerkschaftliche Lohnpolitik, System der sozialen Sicherheit, Mitbestimmung usw.), so ist doch die Schlußfolgerung, die durch mehrere Wendungen nahegelegt zu werden scheint, nämlich, daß die Frage der Verteilung des Eigentums an den Produktionsmitteln politisch irrelevant werde, unbefriedigend.

Alles in allem: ein Buch von hervorragender geistiger Spannweite. Man muß hoffen, daß der „wissenschaftliche Wertrelativismus“, dem Breidenstein methodisch folgt, von theologischer Seite nicht als ethischer Wertrelativismus schlechthin mißverstanden wird: Diese Generation von Theologen muß ihren Glauben jenseits der Geborgenheit von aus ihrer Sicht trügerischen aprioristischen Wesensinterpretationen suchen.

Theo Thiemeyer, Linz

**Rudolf Urfer:** Wirtschaftsintegration — Gegenwart und Zukunft der sozialen Sicherheit. Eine rechtliche, volkswirtschaftliche, sozialökonomische und betriebswirtschaftliche Studie zur Harmonisierung in der EWG. Bern, Stuttgart 1969. Paul Haupt. 181 S.

Nachdem in den letzten Jahren zahlreiche Studien und Bücher sich mit dem Thema „soziale Harmonisierung in der EWG“ auseinandersetzen (vgl. die ausführlichen Literatur- und Dokumentationshinweise bei B. *Heise*: Sozialpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Göttingen 1966 und bei H. J. *Lell*: Die soziale Harmonisierung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen, Berlin 1966) greift man voll Interesse zu dem kürzlich veröffentlichten Buch, in der Erwartung, daß die unterschiedlichen Auffassungen eine Analyse und Synthese finden werden. Diese Erwartung wird durch die vorliegende Untersuchung trotz des anspruchsvollen Titels leider nicht erfüllt. Dies läßt sich bereits an dem unvollkommenen Literaturverzeichnis erkennen, das (von zwei Zeitungsartikeln abgesehen) nur Veröffentlichungen bis 1963 enthält. Diese Unvollständigkeit ist um so bedauerlicher, da seit Vorliegen oben erwähnter Untersuchungen die Entwicklung in Europa — wenn auch nur langsam — fortschritt und das für die EWG wichtige Problem der sozialen Harmonisierung, d. h. die Angleichung und Verbesserung der Sozialversicherungs-Systeme, einer Lösung bedarf.

Schon die einleitenden Bemerkungen und begrifflichen Erklärungen lassen eine Reihe von Ungereimtheiten erkennen (z. B. Begriff Sozialleistungen). Die folgende, recht weitausholende Beschreibung der Sozialversicherungs-Systeme der EWG-Länder zeigt die Entwicklung nur bis 1960/61. Ferner ist hierbei kritisch zu fragen: Ist es wirklich ein

„verhängnisvoller Irrtum“, eine gute Wirtschaftspolitik als beste Sozialpolitik zu bezeichnen? Ist der Arbeitgeberanteil tatsächlich kein Bestandteil des Lohnes? Ist es die Hauptaufgabe der Sozialversicherung, eine „gerechtere“ Umverteilung des Volkseinkommens zu erwirken?

Im Anschluß an eine schematische Darstellung der Systeme der Sozialen Sicherheit, welche die Vielfältigkeit und weitreichenden Unterschiede der Sozialversicherungen der einzelnen EWG-Länder nochmals deutlich zeigt, untersucht der Verfasser „Möglichkeiten, Auswirkungen und Grenzen der Harmonisierung der Sozialversicherung in rechtlicher, sozialer, sozialökonomischer, systembedingter und wirtschaftlicher Hinsicht“. Auch hier wäre zu zahlreichen Behauptungen eine kritische Stellungnahme notwendig (z. B. zur „besseren Redistribution des Volkseinkommens“). Ein eindeutiges Untersuchungsergebnis erzielt Urfer hierbei nicht. Bei den sozialen und sozialökonomischen Schlußfolgerungen beurteilt er eine soziale Harmonisierung „nach oben“ positiv, bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und monetären dagegen negativ und bei den konjunkturellen wirkungsneutral. Die verschiedenen Ergebnisse werden jedoch nicht abgewogen, obgleich dies zur Beantwortung der einleitend genannten Ziele der Untersuchung notwendig wäre, sondern der Verfasser möchte die „Gesamtlösung des Problems“ der Politik überlassen. Anhand dieser Studie werden die Politiker allerdings nicht viel weiter kommen.

Hanjo Lell, Washington

**Hans-Joachim Bodenhöfer:** Arbeitsmobilität und regionales Wachstum — ein Beitrag zur Strukturanalyse von Wachstumsprozessen. Berlin-München 1969. Dunker & Humblot. 196 S.

Der Autor des zu besprechenden Buches hat sich die interessante Aufgabe gestellt, die Bedeutung des verfügbaren Arbeitspotentials für die Entwicklung der Teilräume eines Wirtschaftsgebietes und die Anpassungsmechanismen der Arbeitskraft im Strukturwandel des Wachstums zu untersuchen. Er geht seine Aufgabe vorwiegend in Form der theoretischen Analyse an, fügt aber auch einige wirtschaftspolitische Folgerungen hinzu.

Der Inhalt der komplexen Arbeit läßt sich nur in ganz groben Zügen zusammenfassen. Den Ausgangspunkt bildet die moderne Wachstumstheorie, bei der der Autor mit Recht eine stärkere Einbeziehung der Arbeitsprobleme vermißt. Bei dem Bemühen, diesen Mangel zu beheben, stand der Autor vor der schwierigen Aufgabe, die strukturellen Bedingungen und Abläufe von Wachstumsprozessen für die menschliche Arbeit theoretisch zu fassen und dabei insbesondere die Arbeitsmobilität in den Zusammenhang der qualitativen Aspekte des Arbeitspotentials und des Strukturwandels des Arbeitsmarktes einzuordnen. Zu diesem Zweck analysiert er die Ursachen von Mobilitätsprozessen und ihren tatsächlichen bzw. möglichen Ablauf. Bei der zweiten Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Arbeitsmarktes und

dem regionalen Wachstum kommt die Arbeit zu der von der traditionellen Vorstellung abweichenden Feststellung, daß eine erhöhte Arbeitsmobilität in Richtung auf eine stärkere regionale Differenzierung des Wachstums wirkt. Diese These wird gut begründet, wenn sie auch nicht so überzeugt, daß die bisherige These bereits als falsifiziert gelten müßte.

Über die Bedeutung des in dieser Schrift behandelten Problems gibt es jetzt, nachdem die Erhöhung der Arbeitsmobilität zu einem zentralen Anliegen neuer sozialpolitischer Initiativen der Bundesregierung, insbesondere des Arbeitsförderungsgesetzes, geworden ist, keinen Zweifel. Es ist daher als ein besonderes Verdienst des Verfassers anzusehen, daß er diese, heute überaus aktuelle Fragestellung bereits frühzeitig erkannt und aufgegriffen hat.

Für den heutigen Leser ist es allerdings nicht ganz einfach, diesem Verdienst des Autors voll gerecht zu werden: In den letzten Jahren ist eine Fülle von Veröffentlichungen gerade zum Mobilitätsproblem erschienen, die z. T. erheblich weiterführen als das Buch. Das liegt einmal sicher an der schnellen Entwicklung dieses Gebietes während der letzten zwei Jahre seit Erscheinen des Buches. Andererseits trägt aber daran auch der Autor selbst eine gewisse Schuld, wenn er in einem 1969 erschienenen Werk unter 44 Beiträgen zu Zeitschriften und Sammelwerken im Literaturverzeichnis — diese Beiträge enthalten doch die neueste Literatur! — nur drei aus dem Jahre 1966 und zwei aus dem Jahre 1967 aufführt. Das dürfte neben der schnellen Entwicklung auf dem behandelten Gebiet die Ursache dafür sein, daß man heute manchen Überlegungen nicht mehr immer ganz zustimmen kann.

Trotzdem wird man aber bei einschlägigen Studien auch heute noch das Buch stets mit Gewinn zur Hand nehmen.

J. Heinz Müller, Freiburg/Br.

*Herbert Kölbel und Joachim Schulze: Der Absatz in der Chemischen Industrie. Berlin-Heidelberg-New York 1970. Springer-Verlag. 732 S.*

Es gibt Bestseller und andere Bücher und unter diesen manchmal sogar welche, aus denen man viel Nützliches lernen kann, in denen wenig Überflüssiges steht und bei denen man merkt, daß viel systematische Arbeit geleistet worden ist. Ein solches Buch ist das von Kölbel und Schulze.

Der Betriebswirt findet eine eingehende Behandlung aller Bereiche des Absatzes vor wie Vertriebsorganisation und Absatzwege, Marktforschung, Marktbeobachtung und Marktprognose, Produkt- und Programmgestaltung, Anwendungstechnik und Markterschließung, Netzplantechnik, Werbung und Preispolitik. Für den Volkswirt ist dieses Buch wertvoll, weil er nicht nur Übersichten über den Bereich der chemischen und verwandten Industrie entdeckt, sondern auch Einsichten in diese industriellen Sektionen erwerben kann, die er aus der sonstigen volkswirtschaftlichen Literatur mangels eigener Erfahrungen

der meisten Autoren nicht erhält. Aber auch der Soziologe sollte zu diesem Buch greifen, damit er die industrielle Wirklichkeit von heute nicht an den Leitbildern des vorigen Jahrhunderts auszurichten versucht oder nur durch die Brille von Funktionären verschiedener Provenienz sieht. Jedem Wirtschaftswissenschaftler (das gleiche gilt auch für Chemiker, Ingenieure und andere), der jetzt oder später in einem Industriezweig arbeitet oder arbeiten will, der zur Chemie gehört oder mit chemischen Produkten zu tun hat, sei dringend diese Investition empfohlen. Das gilt auch für den Studenten und — nicht zuletzt — in gleicher Weise für den Hochschullehrer. Wer die in diesem Buch genannten chemischen Begriffe nicht versteht, erfährt nun, welche Bildungslücken auszugleichen sind, um in diesen Industriebereichen sachverständig zu werden.

Zu bemängeln ist an diesem Buch nur wenig. Es besteht eigentlich nur ein Hauptnachteil. Das ist das Sachverzeichnis. Es ist im Hinblick auf den Inhalt viel zu dürftig. Insbesondere auch die in den Tabellen und Abbildungen enthaltenen Aussagen sind über das Sachverzeichnis praktisch kaum zugänglich. Es wäre weiter vielleicht daran zu denken, ob nicht bei der nächsten Auflage verschiedene Tabellen auch noch durch graphische Darstellungen, möglichst in zeitabhängigen Schaubildern, erweitert würden, ohne die bisherige Zahl der Bilder und Tabellen (über 400) zu kürzen. Ich denke an die Tabellen 1.1, 1.2, 1.6, 1.7, 1.9, 1.10, Abb. 1.7, 1.8, Tab. 2.1, 2.3 (hier auch Vergleich mit USA), 2.5, 2.6, 2.7, 2.13, 3.11, 4.2, 4.3, 4.6, 4.7, 7.4, 8.7, 8.9. Möglicherweise sind hierfür erst neue Seminar- oder Diplomarbeiten erforderlich. Bei Abb. 1.14 sollte auch der Äthylen-Stammbaum zum Vergleich angegeben werden. Englische Ausdrücke sollten übersetzt werden (denn sonst sollten die Autoren die russischen und chinesischen gleich mit angeben). Bei der Begriffsbestimmung der Ausbeute (S. 187 ff) sollte die neuere Literatur herangezogen werden. Eine Literaturstelle 4.142 (S. 303) existiert nicht. Ist die Literaturstelle 8.25 (S. 358) richtig? S. 375, letzte Zeile, soll wohl Thiophosporsäureester heißen. S. 525: Ist hier nicht der Kunststoff (statt Schädlingsbekämpfungsmittel) Delrin gemeint?

Kritische Bemerkungen haben die Autoren nur in milder Form vorgebracht; man sollte sie jedoch nicht überlesen. Über einzelne Probleme müßte man an anderer Stelle weiterdiskutieren. Zum Beispiel: Die Marketingauffassung ist sicherlich dort angebracht, wo sie vernachlässigt worden ist (s. u. a. S. 52 ff). Grundsätzlich wird jedoch eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig sein, wobei ich heute vor einem übertriebenen Marketing warnen möchte, insbesondere vor einem solchen, bei dem die ökologischen Probleme übersehen werden. Vielleicht hätten die beiden Autoren überhaupt mehr und skeptischer auf Umweltfragen eingehen sollen, denn diese werden den Absatz zukünftig immer mehr beeinflussen, zumal hier allzuviel im Argen liegt.

Nur äußerst vorsichtige Kritik wird auch an den bestehenden Organisationssystemen in den abgehandelten Industrie- und Betriebsberei-

chen vorgebracht; es ist im wesentlichen nur eine Beschreibung der vorhandenen Organisationsformen.

Hans-Eberhard Heyke, Eßlingen

*Francesca Schinzinger: Die Mezzogiorno-Politik. Möglichkeiten und Grenzen der Agrar- und Infrastrukturpolitik.* Berlin-München 1970. Duncker & Humblot. 328 S.

Noch 1969 konnte mit Berechtigung festgestellt werden, daß die italienische Südfrage erstaunlich wenig in der deutschsprachigen Literatur berücksichtigt worden ist und lediglich die Phase bis 1950 durch die mittlerweile klassisch zu nennende Untersuchung des Schweizer Nationalökonomen Friedrich Vöchting abgedeckt wird (vgl. meinen Beitrag: „Die italienische Südfrage. Entstehung, Problematik und derzeitiger Stand“. Schm. Jb., 89. Jg. [1969], S. 694). Eine breitere und fundiertere Darstellung der neueren Mezzogiorno-Politik dagegen fehlte bis dahin völlig. Diese Lücke ist nunmehr geschlossen, und zwar durch das vorliegende Buch von Francesca Schinzinger, das in durchaus angemessener Weise an die von Vöchting begonnene Tradition spezieller sozio-ökonomischer Analyse des italienischen Südgebiets anknüpft.

Schinzingers Untersuchung wird bestimmt von der Einsicht, daß die wirtschaftliche Situation Südtaliens durch spezifische soziologische Strukturen mitbedingt ist (S. 269) und daß ökonomischer Fortschritt auch in diesem Land nur ein Vorgang sein kann, der auf einem äußerst komplizierten Zusammenspiel von Verhaltensweisen und kulturellen wie institutionellen Gegebenheiten mit den entsprechenden materiellen Voraussetzungen beruht (S. 309). Ausgehend von dieser theoretischen Position, die typisch ist für die aktuelle wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung von Problemen der Entwicklungsländer, durchdringt die Verfasserin mit bemerkenswerter Klarheit und erstaunlichem Differenzierungsvermögen eine komplexe Fülle von Stoff und Problemen, die über die ökonomischen Fragen hinaus soziologische, historische und politische Zusammenhänge integrieren. Umfassende Literaturkenntnis, sorgfältige Feldstudien an Ort und Stelle, ein übersichtlicher Aufbau und nicht zuletzt kritische Distanz sowie eindringliche, unprätentiöse Sprache zeichnen die vorliegende Arbeit aus. Ein kleiner Schönheitsfehler sei am Rande vermerkt: die Tatsache, daß die Untersuchung bereits im Frühjahr 1967 abgeschlossen, aber erst Ende 1970 und dann ohne Aktualisierung veröffentlicht wurde; schade, daß nicht die zwischenzeitlich eingeleiteten Maßnahmen zur Entwicklung Südtaliens angemerkt und die jüngste deutsche Sekundärliteratur eingefügt wurde.

Die drei ersten Kapitel geben nach einem informativen Abriß der Faktoren, die zur Disparität zwischen Nord- und Südtalien und damit zum italienischen Südgebietsproblem geführt haben, einen detaillierten Überblick über die Mezzogiorno-Politik bis 1967 und ihre wichtigsten agrar-, infrastruktur-, industrie- und bildungspolitischen Maßnahmen. Von übergreifendem Interesse sind dann die beiden folgenden Kapitel, in

denen nach einer Bilanzierung der bedeutsamsten Ergebnisse der Mezzogiorno-Politik ein generelles entwicklungspolitisches Fazit der Voraussetzungen und Grenzen einer wirksamen Agrar- und Infrastrukturpolitik gezogen wird — die Lektüre dieser Seiten 275 bis 312 vermittelt ohne Zweifel jedem, der mit Fragen der sozio-ökonomischen Unterentwicklung befaßt ist, ob Theoretiker oder Praktiker, vielfache Anregungen.

Die Verfasserin konstatiert am Schluß zu Recht, daß sich über den Erfolg der Entwicklungspolitik für Südalitalien heute noch kein abschließendes Urteil fällen ließe. Jedoch belegten die aufgezeigten Erfolge und Mißerfolge der Mezzogiorno-Politik eindeutig die Grenzen und Zusammenhänge, die in der praktischen Entwicklungspolitik erhöhte Beachtung verdienten. Schinzingers Antwort auf die Frage, warum es auch bei massivem Einsatz von Kapital und wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnissen nur sehr langsam gelingt, in einem stagnierenden Gebiet einen dynamischen Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen, kann nur mit Nachdruck unterstrichen werden: In der Mentalität, dem Verhalten und der Natur der Bevölkerung liegt die entscheidende Grenze aller Entwicklungsmaßnahmen — die dauerhafte und selbständige Entfaltung unterentwickelter Gebiete ist bedingt durch Änderungen der Gesellschaft (S. 314).

Ulla Otto, Bonn

**Wilfried Jahnke:** Ökonometrische Untersuchungen über ein dynamisches Sektorenmodell für die Bundesrepublik Deutschland 1951 bis 1960. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 110 S.

Der Verfasser hat es sich in seiner Studie, die der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt als Dissertation vorlag, zur Aufgabe gestellt, zu untersuchen, inwieweit das von *Goodwin* und *Chipman* um 1950 entwickelte Sektorenmultiplikatormodell eine tragfähige Grundlage bilden kann, um mit seiner Hilfe die dynamische Struktur der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik für das Jahrzehnt von 1951 bis 1960 hinreichend zu erklären.

Er beschränkt sich indessen nicht darauf, nur die ökonometrischen Prozeduren und Resultate wiederzugeben, sondern versucht auch, einem mit der Materie nicht speziell vertrauten Leser eine konzise Einführung sowohl in die Theorie der dynamischen Multiplikatoren als auch in die statistischen Schätz- und Prüfverfahren, soweit sie in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind, zu vermitteln.

In dem den theoretischen Grundlagen gewidmeten ersten Teil wird aus einem einfachen statischen Multiplikatormodell schrittweise ein dynamisches Mehr-Sektoren-Modell entwickelt, in dem die Ausgaben jeweils eines Sektors  $i$  an einen Sektor  $j$  ( $i, j = 1, \dots, n$ ) in der Periode  $t$  als lineare Funktion der gesamten Einnahmen des Sektors  $i$  in der Periode  $t - 1$  erscheinen. Es entsteht ein System von linearen inhomogenen Differenzengleichungen erster Ordnung, für das die Matrixlö-

sung sowie die auf die einzelnen Sektoren bezogenen Skalarlösungen angegeben und die Stabilitätsbedingungen diskutiert werden.

Der zweite Teil über „Untersuchungsmethoden“ befaßt sich in konzentrierter Form mit der für ein rekursives System adäquaten direkten Kleinst-Quadrat-Schätzmethode und mit einer Reihe von Prüfmethoden, insbesondere im Hinblick auf die Signifikanz der geschätzten Strukturparameter und das Auftreten von Autokorrelation in den Residuen. Der Verfasser gibt hier dem bekannten von-Neumann-Test den Vorzug vor dem Durbin-Watson-Test mit der — formal richtigen — Begründung, letztere führe gerade bei kleinen Stichproben oft nicht zur Entscheidung; ob damit jedoch sachlich etwas gewonnen wird, bleibt recht zweifelhaft.

Im Mittelpunkt des dritten Teiles steht schließlich die Aufstellung und ökonometrische Analyse eines einfachen Sektorenmodells für die Bundesrepublik Deutschland mit den vier Sektoren: Haushalte, Staat, Unternehmen und Ausland. Das Datenmaterial für die entsprechenden Einnahmen-Ausgaben-Matrizen konnte den Konten der jährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamts entnommen werden. Die Ergebnisse der Schätzungen mit den zugehörigen Prüfgrößen werden ausführlich und anschaulich dargestellt und offen kommentiert. Man kann dem Verfasser beipflichten, wenn er feststellt (S. 81): „Sicher handelt es sich bei dem vorliegenden Modell, vom ökonometrischen Standpunkt aus betrachtet, nicht um ein gutes Modell. Seine Qualität ist jedoch nicht so schlecht, daß es überhaupt nicht zu weiteren Untersuchungen verwendet werden könnte.“ Dies geschieht abschließend mit der Bestimmung der allgemeinen Skalarlösungen aus der geschätzten Struktur des Modells. Aus der Auswertung dieser Lösungen ergibt sich, daß die Entwicklung der Einnahmen der vier Sektoren verhältnismäßig konform exponentiellen Wachstumstrends (mit einer leichten Tendenz zur Abflachung im Zeitablauf) folgt und daß konjunkturelle Schwankungen dabei kaum sichtbar werden.

Die Studie weist — schon wegen der nahen Verwandtschaft des benutzten Modellansatzes zur Input-Output-Analyse — in eine Richtung, die sich vor allem bei der Konstruktion und Erprobung umfangreicher makroökonomischer Modelle als durchaus fruchtbar erweisen könnte.

Willi R. Bihn, Köln